

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einbindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 17.

Sonnabend, den 23. April 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Der gewaltige Kampf im Baugewerbe. — Die Tätigkeit der Generalkommission im Jahre 1909. — Die Meßtafen nachkontrollieren. — Zum Streik bei der Firma Kumpf in Löbau. — Ein Brief aus Amerika. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Ein bürgerliches Urteil über Streikbrecher. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Erneuter Tarifabschluß in der Bau- und Grabsteinbranche Großberlins. — Zum kommenden Verbandstage. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Das Völkerschlachtdenkmal zu Leipzig.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Im Gottlenbatalle (Elbsandsteingebiet) haben am 18. April die 605 Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen, an den unser Zentralvorsitzender Starke teilnahm, waren recht langwierig. Einige Verbesserungen konnten erzielt werden.

Essen. Unsere Verbandsmitglieder sind zum größten Teile ausgesperrt.

Reinheim. Die Tarifverhandlungen mit der Firma Frohmann sind gescheitert. Zuzug ist zu vermeiden.

Ruders. Die Sandsteinfirma Zeidler ist gesperrt. Auf den Walsfurther Stein will die Firma nur ungenügende Zuschläge gewähren. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Gefrees. Die Firma Ludwig Haberstumpf hat denselben Tarif wie die Firma Künzel & Schedler unterzeichnet. — Für die Zahlstelle bedeutet das einen Achtungserfolg.

Verdingen. Die Sperre bei der Firma Treutle hat genügt. Der Tarif wird wieder anerkannt.

Sangelsheim. Die Unternehmer haben, wenn auch mit Widerwillen, den Tarif unterzeichnet.

Reichenbach. Mit den Granitfirmen Grieshammer und Kindinger konnte ein neuer, verbesserter Tarif abgeschlossen werden. Nun bestehen im Odenwald für die Werksteinindustrie größtenteils Tarifverträge. Die Firmen Kreuzer und Böhringer werden nun auch bald die Stärke unseres Verbandes zu spüren bekommen.

Bielefeld. Bei der Sandsteinfirma Georg Kronenberger sind Differenzen ausgebrochen.

Brandenburg. Durch gütliche Vereinbarung wurde der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht.

Regensburg. Mit der Firma Lochner sind Differenzen ausgebrochen. Die Granitarbeiter mögen Zuzug fernhalten.

Löbau. Bei der Firma Kumpf sind 42 Kollegen der Granitbranche in den Ausstand getreten. Die Firma will den Tarif nicht anerkennen.

Mittelsachsen (Baden). Die Firma Cereghette, welche zum Bafeler Bahnhofsbau die Steinmearbeiten übernommen hat, ist gesperrt.

Mittweida. Mit der Granit-Aktiengesellschaft wurde eine Einigung erzielt. Die Firma Peterschük weigert sich, den Tarif anzuerkennen.

Hannover. Der Tarif für die Sandsteinarbeiter wurde bis 1911 verlängert. Der Stundenlohn ist um 3 Pfg. erhöht worden. Alle Geschäfte haben unterzeichnet.

Kamenz. In den Betrieben der Firma Spaarmann werden recht ungenügende Löhne bezahlt. Zuzug ist fernzuhalten.

Halberstadt. Die Tarifverhandlungen sind gescheitert.

Lutter am Barenberg. Die Tarifverhandlungen sind gescheitert.

München. Der Tarif ist angenommen. Der Stundenlohn wurde sofort um 2 Pfg. erhöht. Weitere Steigerungen treten ein: am 1. April 1911 um 2 Pfg., ab 1. April 1912 um 1 Pfg. Bei der Tarifierneuerung kommen 265 Kollegen in Frage.

Berlin. Der Tarif wurde mit einigen Aufbesserungen bis 1913 verlängert. Am Abschluß sind 743 Kollegen interessiert.

Roth am Sand. Die Kollegen stehen in Tarifverhandlungen. Die Unternehmer beabsichtigen Granitarbeiter aus dem Fichtelgebirge nach hier kommen zu lassen.

Dresden und Pirna. Infolge der Bauarbeiter-Aussperrung wurde ein Teil der Kollegen arbeitslos.

Blagow. Den Brechern der Firma Zeidler wurden unerhörte Abzüge gemacht. Die Reduktionen schwanken zwischen 10 und 15 Prozent.

Nürnberg. Hier sind auch die Steinmeken teilweise ausgesperrt worden. Indirekt haben unter der Aussperrung auch die Brecher in Laufamholz zu leiden. In die Aussperrungslisten sind 84 Kollegen eingetragen.

Celle. Die hiesigen Steinmeken, welche dem Maurerverband angehören, wurden ebenfalls ausgesperrt.

Langensfeld. Durch die Aussperrung wurden auch die hiesigen Steinmeken betroffen.

Braunschweig. Von der allgemeinen Aussperrung wurden 29 Kollegen betroffen.

Mühlhausen (Elb.) Durch den Kampf der Bauarbeiter sind auch die Steinmeken stark in Mitleidenschaft gezogen.

In den Zahlstellen **Göttingen, Stuttgart und Heilbronn** wurden die Steinmeken teilweise ausgesperrt.

Beucha-Brandis. Die Pflastersteinarbeiter der Firma Preißer legten wegen Lohnreduzierung am 18. April die Arbeit nieder. Seine Arbeiter hatten am 15. April die Kündigung zurückgezogen, als Dank dafür nahm Preißer Lohnkürzungen vor.

Oesterreich. Zuzug ist fernzuhalten nach: Olegg, Klagenfurt, Olmütz, Höhelsdorf, Freistadt, Blöding, Pulgarn, Friedeberg, Budapest und Temesvar.

Zürich. Nach der Schweiz ist Zuzug fernzuhalten. In Bern haben die Unternehmer die Verhandlungen abgebrochen; wie es heißt, sollen deutsche (!) Steinmeken angeworben werden. Alle Arbeitsangebote aus der Schweiz sind strengstens zurückzuweisen.

Rheineck (Schweiz). Die Marmorfirma Härtsch & Cie. sucht in deutschen Zeitungen Marmoristen und Poliseure. Wir warnen vor Zuzug, da die dort Arbeitenden alle auf den 23. April ihr Arbeitsverhältnis gekündigt haben.

Der gewaltige Kampf im Baugewerbe.

Die Aussperrung durch die Bauunternehmer ist am 15. April perfekt geworden. Der nun zu führende Kampf steht wohl in der Geschichte einzig da. Die Riesenkämpfe der Bergarbeiter können mit der Bauarbeiteraussperrung nicht direkt parallelisiert werden, schon aus dem Umstande nicht, weil bei diesem Ringen ganz Deutschland als Kampfgebiet in Frage kommt.

Die Unternehmer sind an der Arbeit, sich für den Kampf nach Möglichkeit „eine gute Presse“ zu sichern, und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat denn auch gegenüber dem Vorwurf, die Arbeitgeber arbeiteten seit Jahren auf einen Kampf hin, eine Erklärung verfaßt, in der es heißt:

Der einigermaßen über die Entstehung und Entwicklung der Arbeitgeberverbände unterrichtet ist, weiß, daß sie nicht Kampf-, sondern Schutzvereinigungen sind. Ein Bedürfnis des Schutzes der Arbeitgeber war von dem Zeitabschnitt vorhanden, als sie durch die mächtige Erstarkung der Arbeiterorganisationen tatsächlich der schwächere Teil geworden waren. Es ist deshalb verfehlt, sich in der Annahme, daß die wohlorganisierten, über große Geldmittel verfügenden Arbeiter der schwächere Teil in dem beginnenden wirtschaftlichen Kampfe seien, von vornherein ohne Prüfung auf die Seite der Arbeiter zu stellen.

Wenn in den im Jahre 1908 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifverträgen ein gemeinsamer Ablaufstermin, der 31. März 1910, vereinbart worden ist, so ist das eben eine in einwandfreier Weise zustande gekommene Vereinbarung, aber keine einseitige Maßnahme der Arbeitgeber lediglich zu dem Zwecke, beim Ablauf den Krieg in ganz Deutschland zu entfesseln.

Diese Darstellung ist nichts andres, als eine Spekulation auf die Gedächtnisschwäche der großen Masse des den Dingen ferner stehenden Lesepublikums. Es kann gar kein Zweifel sein, daß in der Tat die jegliche Aussperrung der Bauarbeiter vom Unternehmertum seit Jahren als eine „Kraftprobe“ vorbereitet worden ist. Freilich hatte man ursprünglich einen heimtückischen Ueberfall auf die Arbeiter für den 1. April 1910 geplant. Erst als der bekannte „günstige Wind“ im Dezember 1907 der Arbeiterpresse die Schlachtpläne der Unternehmer zuwehte, wurden die Scharfmacher aus dem Busch gejagt, in dem sie versteckt lagen.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Frankfurt a. M. beantragte schon im Frühjahr 1905 (!) aus Anlaß seiner Kämpfe mit den Arbeitern, allen dem Deutschen Arbeitgeberverbände angehörenden Verbänden durch ein vertrauliches Rundschreiben zu empfehlen, die zu vereinbarenden Verträge sämtlich bis zum 31. März 1908 abzuschließen.

Den Verbänden wurde darauf am 5. Juni in einem vertraulichen Schreiben unter gleichzeitiger Ueberlieferung eines die Sache betreffenden Fragebogens empfohlen, dem Antrage gemäß zu verfahren. Das Ergebnis der Umfrage wurde im August 1906 bekanntgegeben.

Auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbands in München am 15. März 1906 brachte Herr Lüscher-Frankfurt a. M. die Sache erneut zur Sprache, ohne daß indessen ein Beschluß gefaßt wurde. Im Sommer 1906 regte der Mitteldeutsche Verband die Verfolgung der Angelegenheit noch einmal an, und da gerade in diesem Jahre zahlreiche Arbeitgeberverbände für den Bund neu gegründet waren, wurde allen Verbänden im Oktober 1906 nochmals empfohlen, die Verträge möglichst bis Ende 1908 abzuschließen und dem Bundesvorstand darüber zu berichten.

Das Ergebnis der letzten Umfrage wurde Mitte Dezember 1906 allen Verbänden bekanntgegeben, und es erwies sich, daß bis dahin zirka 80 Verbände ihre Verträge bis zum 31. März 1908 abgeschlossen hatten.

In der Sitzung, die der Bundesvorstand am 17. Januar 1907 in Berlin abhielt, ist die Frage dann eingehender behandelt worden. Nach längerer lebhafter Debatte einigte man sich auf eine Reihe von Anträgen für die am 19. Februar 1907 in Köln stattfindende Generalversammlung. In dieser Versammlung, die unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, wurden die Anträge des Vorstands genehmigt und zum Beschluß erhoben.

Die Beschlüsse lauten:

1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910 (!) oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen;
2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden;
3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenem Streit und nur mit Genehmigung des Bundesvorstands eintreten zu lassen;
4. Der 1. Mai darf in keinem Vertrage als Feiertag zugestanden werden.

Diese Beschlüsse wurden den Verbänden unter dem 22. März 1907 zur unbedingten Nachachtung mitgeteilt.

Inzwischen ist ja der Aktionsplan der Scharfmacher im Baugewerbe noch erweitert worden. In der Zeit der Krise fand man in erhöhtem Maße Geschmack an der menschenmörderischen Akfordarbeit; man richtete Arbeitsnachweise nach dem Muster des Kühnemänner-Verbands ein; man versuchte die Agitation für die Arbeiterorganisationen von den Bauplätzen zu verbannen. Und alle diese „Errungenschaften“ wollte man ebenfalls durch ein neues Vertragsmuster stabilisieren. Wir haben dieses Monstrum von Vertrag schon gewürdigt. Auf was es uns heute ankommt, ist, zu beweisen, daß es die Unternehmer im Baugewerbe waren, die für den 15. April 1910 eine „Kraftprobe“ seit Jahren vorbereitet haben! Dabei ist nicht einmal der Ausdruck „Kraftprobe“ für das Geplante unsere Erfindung oder die der Arbeiter; in dem Scheinprotokoll über diese Dinge wird er von den Scharfmachern selbst angewendet!

Das Endziel der ganzen Aktion ist, sagt das Protokoll mit dürren Worten, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigung erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung der Bauarbeiter größeren Umfangs angedroht und durchgeführt werden soll. „Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Kraftprobe unseres Bundes.“

Diesem dokumentarischen Nachweis gegenüber ist jede Ableugnung dessen, daß die Unternehmer die jetzt inszenierte Aussperrung, die „Kraftprobe“, seit Jahren vorbereitet haben, leeres Gerede. Das Odium, diesen gewaltigen Wirtschaftskampf gewollt und hervorgerufen zu haben, können die Unternehmer des Baugewerbes nicht von sich abwälzen. Wie es mit seiner Durchführung steht, das steht freilich auf einem andern Blatte. Ob die Einigkeit der Unternehmer eine so große ist, wie es für ihre Pläne notwendig wäre, muß sich noch zeigen. Die Einigkeit der Arbeiter war nie größer!

Ueber den Umfang der Aussperrung lagen am Mittwoch, den 20. April, noch keine genauen Ziffern vor. Die bürgerliche Presse nimmt die Zahl der Ausgesperrten mit 150 000 an. Doch das sind nur Schätzungsziffern. Es scheint aber festzustehen, daß in einer Reihe von Bezirken die Unternehmer auf den Beschluß der organisierten Baugewaltigen pfeifen wollen. In verschiedenen Städten Süddeutschlands wird der von Zellermeister inszenierte Kummel nicht mitgemacht. Der bekannte Münchner Architekt August Zeh übermittelt der Presse ein ausführliches Schriftstück. Es werden darin Schandthaten des Bauunternehmertums unbarmherzig aufgedeckt. Am aller schlimmsten schneidet dabei der Attakentommandant Zellermeister ab. Diesen Brief werden wir in der nächsten Nummer teilweise veröffentlichen. Auch die Leipziger Unternehmer haben, wie einwandfrei festgestellt wurde, nur ungern ausgesperrt. — Die badische Regierung wollte einen Vermittlungsversuch unternehmen, es wurde derselbe wegen der Starrköpfigkeit der Unternehmer wieder aufgegeben. In Nürnberg war es Bürgermeister Dr. Schuh, der für dort den Frieden bewerkstelligen wollte, aber der Unternehmer-Generalstabschef Herr Popp trumpfte bei den Verhandlungen äußerst scharf auf. Die Vermittlung blieb somit erfolglos. — Am heutigen Tage (Mittwoch) fällt endgültig in Berlin die Entscheidung über Krieg oder Frieden. Wer weiß es, ob die um Feilich und Feuer nicht bloß eine Friedenskomödie aufzuführen und zu allererst auch in der Reichshauptstadt der Kampf perfekt wird. — In einigen Stadtverwaltungen haben sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten schon sehr warm der Aussperrten angenommen. Die Arbeit wurde meistens ja auch auf den städtischen Bauten eingestellt, ob sich die Steuerzahler das so ohne weiteres gefallen lassen, dürfte zweifelhaft sein! Auch bei den großen Leipziger Bahnhofsbauten mußten die Arbeiter ihr Bündel schnüren, die sächsische Regierung scheint gegenüber den Unternehmerbeschlüssen völlig ohnmächtig zu sein.

Die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes sind teilweise entlassen worden in Nürnberg, Heilbronn,

Stuttgart, Göttingen und Braunschweig. Die Steinmehlmüller in Braunschweig haben sich bei den ganzen Tarifverhandlungen äußerst schäbig benommen, unsere Kollegen hatten bei diesen Herren Treu und Glauben zu hoch angeschlagen. — Die Unternehmer der Steinindustrie wollen die Situation nun leidlich ausnützen und die Übernahme der Lohnkürzungen scheint ihnen in erster Linie vorzuschweben. Unsere Kollegen werden sich aber auf keinen Fall provozieren lassen, denn momentan sind die Chancen für die Unternehmer günstig. Und wir haben keine Veranlassung, uns selbst ans Messer zu liefern. Wenn im Baugewerbe der Kampf beendet ist, dann können wir auch in der Steinindustrie bei Lohnbewegungen wieder mit einem größeren Glanz vorgehen.

Der Kampf im Baugewerbe wird zeigen, daß sich die Unternehmer mit ihren Maßnahmen stark veralkalisieren dürften. Die Einigkeit unter den Arbeitern ist geradezu bewundernswürdig. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt blickt jetzt nach Deutschland, denn in diesem gewaltigen Ringen werden die finanziellen Mittel nicht so schnell erschöpft sein. Weiter aber werden den Unorganisierten die Augen sehr weit geöffnet, daß sie endlich ersehen können, was es heißt: „Wenn der Bauarbeitgeberverband diktieren könnte.“

Die Tätigkeit der Generalkommission im Jahre 1909.

In der neuesten Nummer des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erstattet der Vorsitzende, Genosse Legien, Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission im vergangenen Jahre. Einleitend wird auf die die Arbeiterklasse im Jahre 1909 so stark berührende Tätigkeit des Reichstages hingewiesen, auf die sogenannte Finanzreform, die eine erhebliche Verteuerung der Gebrauchsgüter und Genußmittel im Gefolge hatte und die organisierte Arbeiterklasse zu erneuten Anstrengungen aufrief, um durch den Lohnkampf einen Ausgleich zwischen Teuerung und Verdienst herbeizuführen. Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung war dagegen die Arbeit des Reichstages äußerst fruchtbar. Das Arbeitsstammengesetz entspricht schon keineswegs den Forderungen der Gewerkschaften, die etwas liberalere Forderungen, die die Reichstagskommission beschloß — zum Beispiel auch die, daß Gewerkschaftsangehörige als Vertreter in die Arbeitskammern gewählt werden können — fanden bei der Regierung kein Gehör. Der dem Reichstage neu zugegangene Gesetzentwurf zeigt nur die Aufnahme der Verschlechterungen, nicht der Verbesserungen, die die Kommission beschloß. Die Gewerkschaften müssen nun von neuem ihre Forderungen dagegen geltend machen. Einen gleich scharfen Protest vom Standpunkte der Arbeiterinteressen fordert die Reichsversicherungsordnung. In Rücksicht auf die Bedeutung dieses für die Arbeiter so wichtigen Gesetzes hatte die Generalkommission bei den Zentralverbänden angeregt, auf den Generalversammlungen der Verbände sich mit dieser Materie zu beschäftigen. Die Generalkommission selbst stellte Referenten aus ihrer Mitte dazu. Auch hier läßt der neue Entwurf jede Berücksichtigung der von den Gewerkschaften und den Versicherten erhobenen Wünsche vermissen.

Der von den deutschen Bundesstaaten immer mehr eingeführte Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter konnte durch Intervention der Arbeitervertreter im Reichstage nicht beseitigt werden. Die Generalkommission hat nun der Internationalen Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen das Material über den Legitimationskartenzwang unterbreitet. Die Vertreter der Konferenz verpflichteten sich, dafür zu wirken, daß die ausländischen Regierungen Schritte tun, um die Rechte der Staatsangehörigen ihrer Länder gegenüber dem Vorgehen der Regierungen einiger deutscher Bundesstaaten zu wahren.

Bezüglich der Maidemonstration wird der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission Erwähnung getan, die zur Bildung von Bezirksfonds führte. Damit dürfte, heißt es in dem Bericht, diese Angelegenheit für die nächste Zeit ihre Erledigung gefunden haben. Die ausgiebige und zum Teil sehr erregte Diskussion in der Sache könne als abgeschlossen gelten. Es müsse sich nunmehr aus der Praxis ergeben, ob mit der getroffenen Vereinbarung alle Differenzpunkte bezüglich der Entscheidung über die Arbeitsruhe am 1. Mai beseitigt sind und genügend Vorsorge für die Unterstützung Ausgeperrter getroffen ist.

Von der Zentrale für die arbeitende Jugend n kann über gute Fortschritte in der Jugendbewegung berichtet werden. Das von der Zentrale herausgegebene Blatt ist in der Auflage so gestiegen, daß es sich aus der Einnahme von Abonnementgeldern erhalten kann. Eine Konferenz von Vertretern der Jugendausschüsse dürfte in absehbarer Zeit stattfinden, um eine Aussprache über die praktischen Erfahrungen in der Jugendzucht und Jugendbildung herbeizuführen.

Auch die Organisation der Hausangestellten, besonders aber die der Landarbeiter haben erfreuliche Fortschritte gemacht.

Eine neue Einrichtung, die das Tätigkeitsgebiet der Generalkommission wirksam erweitern wird, ist mit der Errichtung einer Sozialpolitischen Abteilung getroffen worden, die in den nächsten Wochen ihre Funktion aufnehmen wird. Sie wird die Arbeiten für den Bauarbeiter, Heimarbeiterschutzes usw. in sich aufnehmen, für den Arbeiterschutzes im allgemeinen wirken, dafür nötige Materialien sammeln, ordnen und verarbeiten und jederzeit zur Verfügung halten, um den Arbeitervertretern in den Parlamenten bei Anträgen und Begründungen von Gesetzesvorlagen dienen zu können. Der Parteivorstand hat hierzu seine Mitwirkung zugesagt, da doch auch diese Materialiensammlung von den Abgeordneten der Partei in der Hauptsache benutzt werden dürfte.

Eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftshäuser machte sich notwendig, da im Berichtsjahre wiederum vielfach Anträge an die Generalkommission zur finanziellen Unterstützung von Gewerkschaftshäusern gestellt, auch mehrfach Sammlungen über den Ort hinaus zum Bau von eigenen Gewerkschaftshäusern gemacht wurden. Nach einer erschöpfenden Aussprache auf der Konferenz, die am 29. und 30. Juni 1909 in Berlin tagte und über die wir eingehend berichtet haben, wurde eine Zentralstelle geschaffen, die bei der

Errichtung und Verwaltung von Gewerkschaftshäusern um Rat und Auskunft angegangen werden soll.

Ueber die internationalen Beziehungen sagt der Bericht, daß es zu der in England in Aussicht genommenen Friedensdemonstration nicht kommen konnte, weil zuerst die Aufforderung dazu von einer Privatgesellschaft ausging und weil ein später aus Anlaß des Besuchs englischer Arbeiter in Berlin in Aussicht genommener Gegenbesuch in England wegen der Wahlbewegung nicht ausgeführt werden konnte. Der Bericht gedenkt ferner des Besuchs des Vertreters der amerikanischen Gewerkschaften Compers in Deutschland, ferner der Tagung der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und des bevorstehenden internationalen Kongresses. Bei dem Besuch Compers — der, wie das Korrespondenzblatt selbst feststellt, nicht zur sozialdemokratischen Partei gehöre, sondern sich vielfach als deren Gegner gezeigt habe — sagt der Bericht, habe sich zwischen dem Korrespondenzblatte und mehreren Parteiorganen eine zum Teil recht scharfe Diskussion darüber entsponnen, welche Stellung Compers gegenüber einzunehmen ist. Da die Gewerkschaften Deutschlands das Recht für sich beanspruchten, über ihr Verhältnis und ihre Taktik zur sozialdemokratischen Partei selbst zu entscheiden und sich hierin von den Gewerkschaften des Auslandes keine Vorschriften machen ließen, so müßten sie dieses Recht auch den Gewerkschaften aller Länder zugestehen. „Deswegen konnte die Generalkommission ihr Verhalten gegenüber Compers nicht von dessen parteipolitischen Stellung abhängig machen, sondern nur von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten beeinflussen lassen.“ Rücksichten auf die Partei sind bei der Generalkommission in ihrem Verhalten zu Compers also nicht maßgebend gewesen.

Die von der Generalkommission geleitete Agitation vollzog sich durch Errichtung von Agitationsstellen und Auskunftsstellen an einigen Orten. Durch die Herausgabe von Broschüren und der italienischen und polnischen Fachzeitung wurde diese Agitation unterstützt. Das Korrespondenzblatt wurde inhaltlich erweitert durch Beifügung einer monatlich erscheinenden Literaturbeilage, die alle Neuerscheinungen gewerkschaftlicher Literatur bespricht, ferner auch durch Vermehrung der statistischen Beilage. Die Auflage erhöht sich auf 26 200 Exemplare.

Gewerkschaftliche Unterrichtsversuche wurden drei abgehalten. Zu 21 Generalversammlungen der Gewerkschaften entsandte die Generalkommission Vertreter. Die Generalkommission hielt 48 Sitzungen ab.

Die Einnahmen der Generalkommission bejifferten sich inkl. Bestand auf rund 789 000 Mk., die Ausgaben auf rund 350 500 Mk., so daß 438 695 Mk. Vermögensbestand verbleiben. Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um 90 000 Mk. gestiegen, die Einnahmen dagegen nur um ein geringes. Von den Ausgaben wurden mehr als 50 Prozent für Agitation verwendet. In den Sammlungen für Streiks ist die für die Schweden mit rund 1 300 000 Mk. aufgeführte, ein Betrag, der seit der Bergarbeiterbewegung im Jahre 1905 in Deutschland als Streiksammlung noch nicht erreicht worden ist.

Die Meßkasten nachkontrollieren.

In den Pflastersteinbrüchen wird die Berechnung für die fertiggestellten Steine meist nach Kubikmeter vorgenommen. Nur bei erstklassigen Pflastersteinorten tritt Quadratmeterberechnung ein. Nun ist es schon häufig zu beobachten gewesen, daß die Unternehmer zu große Meßkasten anfertigen ließen. Als Maß wurde 1 Kubikmeter angegeben, in Wirklichkeit ist der Rauminhalt immer größer. Aber unsere Kollegen sind gutmütig und kontrollieren die Maße nicht. Die Unternehmer streichen, begünstigt durch diese Sorglosigkeit, ganz ansehnliche Gewinne ein.

Eine interessante Prozessesache spielte sich nun vor dem Amtsgericht in Grimma ab. Kläger war der Steinarbeiter Ernst Wohllebe aus Großsteinberg, als Beklagter war Herr Bruno Preißer aus Kleinsteinberg erschienen. Insgesamt haben schon etwa zehn Termine stattgefunden; welche Zeitverhältnisse da Kollegen Wohllebe entstanden sind, weiß derjenige am besten, der schon öfters mit Gerichtsangelegenheiten zu tun hatte. — Der Sachverhalt ist folgender: Der Meßkasten bei Preißer hatte 1,075 Kubikmeter Inhalt. Wohllebe legte nun dar, daß er durch dieses Uebermaß um 242 Mk. im Laufe von drei Jahren geschädigt worden sei. Preißer entgegnete, er hätte überhaupt nicht nach Kubikmetern bezahlt, sondern nach Kästen (!). Die Aussagen der Zeugen ergeben kein zuverlässiges Bild. Der Brucharbeiter Kühne als Zeuge erklärte laut Gerichtsprotokoll: Unsere Arbeit wurde in Kästen gefüllt. Wieviel Kästen ich hatte, so viel Meter hatte ich angegeben. Das Amtsgericht in Grimma wollte nun den Kasten ausmessen, da ergab sich aber die Eigentümlichkeit, daß derselbe zusammengehauen war. Somit war das Gericht um ein wichtiges Beweismaterial gebracht. Die genaue Messung des Kastens hatte aber zuvor unser ehemaliger Gauleiter, M. Kudaßchel-Beucha vorgenommen. Aber diese Feststellung genügte dem Gericht nicht. — Die ganze Klagegeschichte stand von Anfang an sehr gut für Wohllebe, aber der Anwalt Preißers kam immer mit neuen Einwendungen und Beweisanträgen. Das Gericht gab denselben auch statt. — Als die Klage eingereicht war und Preißer sah, daß er wahrscheinlich zur Nachzahlung verurteilt würde, da kam die Weisung, daß nach Kästen die Entlohnung vorgenommen werde. Eigentümlich ist es aber, daß trotzdem der Kasten über das Maß eines Kubikmeters hinausging. Und nun zahlte Preißer auf einmal für den Kasten nicht mehr 6 Mk., sondern 6,06 Mk. Wir fragen, warum hat Preißer diese 6 Pfennige zuvor nicht ausbezahlt? Die endgültige Gerichtsentscheidung wird in den nächsten Tagen stattfinden; wir werden darüber noch berichten.

Dieselbe eigenartige Vermessungsmethode herrschte auch noch in andern Pflastersteinbetrieben. Wir nennen nur Beucha, Königsutter, Meißner I usw. In diesen Zahlstellen gingen unsere Kollegen klagbar vor und sie erhielten teilweise Recht. Auf eins möchten wir besonders hinweisen. Wie können sich denn Kollegen eine solche Uebervorteilung gefallen lassen? In andern Orten werden unsere Verbandsmitglieder sehr wahrscheinlich auch über's Ohr gehauen. Hier gibt's kein Zaudern! Die nächstbeste Gerichtsperson muß mit dem Auftrag versehen werden, diese Kästen zu kontrollieren, damit endlich die betrügerischen Manipulationen beseitigt werden können. Es kommt sehr häufig vor, daß die sogenannten Kopf-

steine nach dem Eisenbahngewicht festgestellt werden. Da sie werden unsere Kollegen ebenfalls geschädigt. Meißt wird auf der Verladestelle im Steinbruch mit Uebergewicht geladen. Nun kommt auf der Station der Waggon auf die Wage. Wie ist nun dort sehr oft das Resultat: Das Uebergewicht von etwa 20 Zentnern läßt auch die Bahn nicht durch; es wird der Waggon um etwa 10 Zentner erleichtert. Die aus dem Wagen entfernten Steine, und das noch vorhandene Uebergewicht von 10 Zentnern wird aber den Steinbrucharbeitern absolut nicht gutgeschrieben! Bei einer Ladung bedeutet das eine Einbuße von etwa 10 Prozent.

Wir können unsern Kollegen nur empfehlen, wenn solche Unredlichkeiten vorkommen, ohne Rücksicht auf Personen und Stand derselben vorzugehen. — Aber meistens wird gemartet, bis das Arbeitsverhältnis gelöst ist und dann kommt der Unternehmer mit seinen Einwendungen.

In der Klagesache des Kollegen Wohllebe fand nun am Montag, den 18. April, wieder Termin vor dem Grimmaer Amtsgericht statt. Ueber die Größe des Meßkastens befragt, gab der Bruchmeister Zeißler folgende eidesstattliche Versicherung ab:

„Ich habe bei der Vermessung etwas fehlen lassen, ich wollte den Wohllebe nicht schädigen. Wenn ich den Kasten voll gemacht hätte, wie sonst Kästen voll gemacht werden müssen, so wäre er (Wohllebe) geschädigt worden, weil der Kasten zu stark auseinanderging.“

Auf die nähere Befragung des Amtsrichters gab der Zeuge zu, daß im Steinbruch davon gesprochen wurde, der Meßkasten sei zu groß. Aber mit dem Zollstock hätte er den Kasten niemals gemessen. (1) — Das Urteil in diesem für unsere Kollegen sehr interessanten Prozeß wird in drei Wochen gesprochen. Wir werden darüber ebenfalls berichten.

Zum Streik bei der Firma Kumpf in Löbau.

Seit dem 26. März streiken die Kollegen bei der Firma Kumpf um die Anerkennung eines Lohntarifs. In Löbau besteht bei der Firma Kumpf ein Tarifvertrag bereits seit elf Jahren. Einen solchen Vertrag auch bei der Firma Kumpf zur Anerkennung zu bringen, ist von jeher das Bestreben der Steinarbeiter von Löbau gewesen. Herr Kumpf ist aber nicht im entferntesten gewillt, einem solchen gerechten Verlangen Rechnung zu tragen. Die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren aber für die dort beschäftigten Kollegen unerträglich. Fast alle Wochen war ein Teil Kollegen gezwungen, sich im Kontor um seine sauer verdienten Koloschen herumzustreiten. Immer wurde von der Firma eingewendet, dieses wird bei der Firma Kumpf, ein andermal bei der Firma Weisk und drittens sogar bei einer Firma in Oppach auch nicht besser bezahlt.

Einen solchen Uebelstand abzuändern, wurde 1907 ein Lohnvertrag vorgelegt. Wiederum verstand es Herr Kumpf, durch Versprechungen und Beredungen einem Tarifvertrage auszuweichen. Um konkurrenzfähig zu sein, beschäftigte Herr Kumpf zu dieser Zeit fast so viel Steinmehllehrlinge als voll Gesellen. Diese Einrichtung und die mangelhafte Organisation der Schleißer gestattete es ihm, seinen Willen durchzusetzen.

Die bei Herrn Kumpf beschäftigten Steinmehler und Schleißer entschlossen sich, am 4. März nochmals der Firma einen Tarif zur Annahme zu unterbreiten. Von Lohnhöhungen war trotz der steigenden Lebensmittelpreise Abstand genommen. Wer geglaubt hatte, daß Herr Kumpf nunmehr einem solchen berechtigten Verlangen entgegenkommen zeigen würde, sollte sich irren. Nach Ablauf der Bedenkzeit am 12. März wurde die gewählte Kommission vorstellig. Zu Unterhandlungen erklärte sich K. bereit. Die Antwort aber lautete: Die Arbeiter müßten doch schon von früher wissen, daß er so etwas nicht mache und er würde auch jetzt den Tarif nicht unterschreiben. Wir mußten nun ohne weiteres den Streik beschließen.

Eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung am 12. April in der Tonhalle nahm Stellung zu dem Kampfe. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, ein Schreiben betr. eventueller Unterhandlung Herrn Kumpf zu übermitteln. Es ging uns dann folgende Rückäußerung zu:

Herrn Steinmehler Wilhelm Voake.

Wir empfangen Ihren Einschreibebrief vom 13. April 1910 und können uns über den Inhalt nur wundern, denn wenn die entlassenen Arbeiter Unterhandlungen mit uns wünschen, so wissen solche ganz genau, wo sich unser Kontor befindet.

Wir haben seinerzeit die Hand zu Unterhandlungen geboten, womit sich die Arbeiter, welche bei uns im Kontor waren, auch einverstanden erklärten, Sonntag früh 9 Uhr ab zu verhandeln. Trotz dieses Einverständnisses ist die Abmachung in frivoler (!) Weise einfach mit Kündigung beantwortet worden, ein Gebaren, welches nur durch Verbeugung und Terrorismus unseres Erachtens zustande gekommen sein kann. Jedenfalls haben die Leute, die die Kündigung einreichten, absolut keine Veranlassung gehabt, ohne weiteres einen derartigen frivolen Gewaltakt, der unserer Bereitwilligkeit, zu verhandeln, Hohn spricht, zu vollführen. Wäre der Verhandlungstermin, der für Sonntag bestimmt war, eingehalten worden, so zweifeln wir keinen Moment daran, daß diese Unterhandlungen ein für beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, zufriedenstellendes Resultat gehabt hätten und die unnötigen Geldverschwendungen vermieden worden wäre, abgesehen von dem eigenartigen Beigeschmack, den diese ganze Affäre nebenbei noch hat. Wir haben auf Grund dieses eigenartigen ungerechtfertigten Vorgehens der Arbeiterklasse unsere Schlässe gezogen und Dispositionen getroffen, die binnen kurzem, falls keine Veränderungen eintreten sollten, weitere Maßnahmen nach sich ziehen.

Wir haben nach Lage der Sache und nach einem so frivolen Vorgehen der Arbeiterklasse uns gegenüber keine Veranlassung, weitere Verhandlungen anzubahnen, da, nebenbei gesagt, auch bereits ein derartiger Versuch unsererseits mit den Worten: „Wir unterhandeln nicht, wir wollen streiken“, beantwortet worden ist.

Wer in dieser Angelegenheit die Deffentlichkeit hinter sich hat, wird dies aus vorstehenden Tatsachen am besten beurteilen können. Wir hatten uns zur Verhandlung bereit erklärt; nachdem aber dieses in schändlicher und frivoler Weise zurückgewiesen worden ist, haben wir keine Veranlassung, noch irgend etwas weiteres in der Sache zu tun und müssen wir Ihnen also für Ihre freundliche Mitteilung und Unterbreitung danken.

Hochachtungsvoll gez. Kumpf.

Aus vorstehendem Schreiben kann man die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Kumpf beurteilen. Das jahrelange Bemühen der bei ihm beschäftigten Arbeiter, einen Vertrag abzuschließen, wurde mit einem schroffen „Nein“ beantwortet. Jetzt hat Herr Kumpf die Stirn, die Angelegenheit als einen frivolen Gewaltakt der bei ihm beschäftigten Arbeiter hinzustellen. Aus den eingangs dieses Artikels gemachten Darlegungen wird jeder ersehen, daß die Steinarbeiter bei der Firma Kumpf nicht anders handeln konnten.

Wenn die Unternehmer nun ihrerseits weitere Maßnahmen ergreifen wollen, so würde eben Herr Kumpf in dem Bestreben unterstützt, daß er das wilde Affordsystem beibehalten könne. Ob ihm eine solche Hilfe zuteil wird, können wir ruhig abwarten.

Ein Brief aus Amerika.

Folgendes Brief entnehmen wir unserm schwedischen Bruderblatt:

Bedford, Indiana, November 1909.
Kameraden!

Da möglicherweise viele von Euch wahrscheinlich die Absicht haben, Schweden zu verlassen, um, da das Auskommen erschwert ist, sich anderswo eine Beschäftigung zu suchen und sich möglicherweise für Amerika entscheiden, so glaube ich, daß es angebracht sein dürfte, einige Aufklärungen zu geben, die vielleicht von einigem Wert sind. Die Arbeitsverhältnisse sind heuer gute gewesen, aber wie Ihr ja gut wißt, ist es mit der Arbeit im Winter nicht so gut bestellt wie im Sommer; diese Regel gilt überall, sowohl in der alten als auch in der neuen Welt.

Aber nicht darüber wollte ich mich äußern, sondern das, was ich sagen will, betrifft Angelegenheiten der Fachvereinigung. Ein Mann mit einer Legitimationskarte oder einem Arbeitsbuche von Schweden kann hier für 10 Dollar eintreten, doch ein Mann, der keine Karte hat, muß 25 Dollar bezahlen und außerdem eine Probezeit durchmachen usw. Dies bezieht sich auf The Journeymen Stone Cutters Association of North America, und man merke wohl, dies ist die einzig richtige. Traurig genug zu sagen, existiert hier auch eine Schnapphahnvereinigung. Diese nennt sich National Stone Cutters Society of North America. Es nähme viel Raum in Anspruch, wollte ich hier von deren Entstehung sprechen; erwähne sie nur, daß dies in derselben Art und Weise geschah, in der Vereinigungen dieser Art überall entstehen, und kann sie auch bloß mit Hilfe von Geschäften beschreiben. Ihr könnt Euch leicht eine Vorstellung von deren Beschaffenheit machen, wenn in deren Statuten die Bestimmung enthalten ist, daß alle Streitigkeiten durch einen Schiedspruch zu schlichten sind, und dieses Schiedsgericht setzt sich aus dem Vorschlagsausschüsse dieser Geschäfte zusammen, welcher aus 6 Mitgliedern sowie aus 5, sage fünf, von den Steinmetzen erwähnten Mitgliedern besteht.

Gegen Ende des Monats September erließ die Generalunion (so wird nämlich unser Verband allgemein genannt) eine Proklamation an alle Steinmetzen, daß alle jene Kollegen, welche bis zum Tage des Erlasses dieser Proklamation derselben nicht angehört, mit 1. November dieses Jahres frei (unentgeltlich) eintreten können. Damit Ihr dies besser versteht, will ich erwähnen, daß die Generalunion alle der Nationalunion Angehörigen mit 80 Dollar Geldstrafe belegte. Diese Einladung (Auforderung) wurde besonders an die Hauptstädte der Nationalunion in New York sowie Chicago und an deren kleinere Filialen in Pittsburg, Pennsylvania, Toronto, Kanada, Milwaukee, Wisconsin sowie an einzelne und dort, insgesamt an ungefähr 2500 Mitglieder verandt. Nun schien es zwar, als ob der verlorenen Lohn durch die Gradentwürfe wieder in das Vaterhaus zurückkehren wollte, und die Pittsburg Filiale (Abteilung) schloß sich auch insgesamt an die Generalunion an, ebenso Toronto. Hier in Bedford schien eine Abteilung von 62 Mitgliedern daselbe tun zu wollen, aber als die Geschäfte (Büro) hiervon hörten, gab es Feuer. Hier besteht eine Abteilung der Generalunion von ungefähr 125 Mitgliedern, welche in 15 Werkstätten angestellt sind. In fünf derselben wurden Ende Oktober Verlautbarungen angeschlagen des Inhalts, daß beschlossen wurde, von nun an und mit 1. Januar 1910 bloß Mitglieder der National Stone Cutters Society anzustellen; das heißt mit andern Worten: Jeder, der bis 1. Januar nicht unserer Vereinigung beiträgt, wird davon ausgeschlossen. Wir rafften unser Werkzeug zusammen und gingen alle noch am selben Tage. Was war die Ursache zu diesen Bekanntmachungen? Nur um die wankende Situation der Nationalunion zu stärken, von der man fürchtete, daß sie zu uns übergehen werde. Und was wurde gemacht? Nun diesen 62 Angestellten in drei Werkstätten schlossen sich uns 47 an. Die Chicagoer Nationalunion bot jedem ihrer Mitglieder 50 Dollar, damit sie nach Bedford gehen, um unsre Stelle einzunehmen. Milwaukee folgte diesem Beispiel.

Am 27. November kam ein Telegramm von Chicago, daß sie beschlossen hätten, sich mit der Generalversammlung zu vereinen. Bloß New York sandte Streikbrecher. Dies war die Ursache der Millionenstadt, denn glücklicherweise kamen von solchen, die man Steinmetzen nennen kann, nur ganz wenige. Der Streikbrechergeneral Guthrie hat seine Macht verloren, denn sein Gesetze, welches hergekommen ist, bestand meistens aus Italienern, welche er in Zementfabriken zusammenraffte, sowie aus den übrigen wohlbekannteren Streikbrechern, welche bei andern Anlagen nicht arbeiten. Von den hiesigen Arbeitern blieben ungefähr 65 Mann, während sonst deren Anzahl sich auf 175 belief, und diese haben alle Arbeiten zu machen, da alle andern, vom Handlanger bis zum Maschinisten, gemeinsame Sache mit uns machten.

Glücklicherweise befanden sich darunter bloß zwei Schweden, welche Berräterdienste leisteten und will ich deren Namen nennen; es sind: Albert Johnson und Charles Nelson. Von wo sie aus Schweden stammen, weiß ich nicht.

Wir haben nun trotz Streikbrecher gute Stegesshoffnung, denn sie können vielleicht Steine brechen, sie aber kunstgerecht zu behandeln, ist eine andre Sache, die wir etwas schwerer fällt. Ich habe nun wohl schon etwas viel Raum für mich in Anspruch genommen, so daß ich schließen muß. Und sollte Euch das Schicksal hierher führen, dann setzt zu, daß Ihr eine Karte der Journeymen Stone Cutters Association of North America bekommt, denn mit dieser Karte in der Tasche seid Ihr überall als Brüder und Kameraden empfangen. Diese Karten sind in der ganzen Welt bekannt und als solche anerkannt. Euer in Treue
A. J. Nelson.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wegen Streikbruchs wurden ausgeschlossen: Oswald Vogel (Buch-Nr. 8291) und Franz Meßler (Buch-Nr. 8309), beide in Mittweida.

Der Steinarbeiter Olaf Aker Sohn aus Karlskrona (Schwed.) (Verb.-Nr. 1143) ist nach § 3 Abs. 5b aus dem Verband ausgeschlossen.

Korrespondenzen.

Berlin. In äußerst gut besuchter Versammlung nahm die Kollegenschaft am 12. April Stellung zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. (Ausführliche Darlegungen hierüber finden sich an andrer Stelle dieses Blattes.) Nach lebhafter Debatte für und gegen die Kommissionsvorschläge wurden diese mit Zweidrittelmajorität angenommen. Im Anschluß hieran wurde die von der 10. Beitragswoche an erhobene Extrastener aufgehoben mit dem gleichzeitigen Hinweis des Vorsitzenden, daß, falls wir durch einen eventuellen Kampf im Berliner Baugewerbe in Mitleidenenschaft gezogen werden, erneut Stellung genommen werden müsse zur Aufbringung außerordentlicher Mittel. Bis jetzt sind für jede Arbeitswoche von der 10. bis 15. Beitragswoche je eine Extramarke zu entrichten, bei voller Beschäftigung also 6 Marken a 50 Pfg. Die Abrechnung vom 1. Quartal schließt mit einem Ueberfluß von 883,98 Mark. Der Kassenbestand für das nächste Quartal beträgt 9389,82 Mark. An Unterstützungen aus der Zentralkasse wurden gewährt 1875 Mark, aus der Ortskasse 494 Mark. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 743. Als Delegierte zum Verbandstage werden gewählt: Otto Danneberg

149. Christian Döngemach mit 146 Stimmen. Als Ersatzmann für Danneberg wird Karl Franke, für Döngemach der Kollege Adolf Baumgarten gewählt. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, in diesem Sommer eine Dampferpartie zu unternehmen. Mit der Aufforderung zu reger Beteiligung an allen frohen und ernstesten Ereignissen innerhalb der Organisation schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Bunzlau. Am 15. April tagte hier eine sehr schlecht besuchte Steinarbeiterversammlung. Es wurde beschlossen, die Kollegen, welche im Jahre zwei Drittel der Versammlungen (ohne triftige Gründe) fernbleiben, von den örtlichen Rechten auszuschließen. Im Kartellbericht kam die Maiseier zur Sprache, welche wie üblich, durch Ausflug, Ansprache, Konzert und abends mit darauffolgendem Tanz stattfindet. Der Kassierer, Kollege Heinger, gab die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt, welche von den Revisoren in bester Ordnung befunden wurde. Der Vorsitzende wies dann nochmals darauf hin, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht werden möchten. Wenn sich auch in der letzten Zeit unter den Kollegen eine gewisse Mißstimmung eingeschlichen hat, so darf darunter doch der Versammlungsbefuch nicht leiden.

Hamburg I. Unsere Versammlung fand am 9. April statt. Mit der Abrechnung vom 1. Quartal erklärte sich die Versammlung einverstanden. Dem Kassierer wird Decharge erteilt. Zur Lohnbewegung in Dölsdorf ist zu berichten, daß deren Verlauf friedlich war. Zum Abschluß eines verbesserten Tarifs, welcher 10 Prozent Zuschlag vorsieht, haben sich die Mehrzahl der Dölsdorfer Meister einverstanden erklärt. Auch wurde der Stundenlohn um 5 Pfg. erhöht. Geschäfte, die fast ausnahmslos unorganisierte Steinmetzen beschäftigen, haben bestimmte Zusagen noch nicht gegeben. Eine Kommission wird mit diesen Meistern nochmals verhandeln. Zum Abhalten eines Sommervergügens gibt die Versammlung ihre Zustimmung. Der Kassierer bringt noch zur Kenntnis, daß vier Mitglieder 9 bis 11 Wochenbeiträge rückständig sind. Es sind dies immer die alten bekannten Bummelanten.

Heilbronn. Wir benachrichtigen die Kollegen allerorts, daß die hiesigen Kollegen in Lohnbewegung zwecks Erreichung eines besseren Vertrags stehen, indem der seitherige keine feste Gewähr für sichere Lohnsätze leistete. In letzter Zeit hat es nun der Techniker der vereinigten Sandsteinwerke Heilbronn verstanden, aus eigener Initiative oder im Auftrage der Firma Kollegen aus seiner Heimat Milttenberg hierher zu zitteren. Diefelben haben aber den hiesigen Verhältnissen keine Sympathie abgewinnen können und sind innerhalb etlicher Tage wieder abgereist. Wir bitten nun die Kollegen, wenn etwa Angebote aus Heilbronn durch die Presse ergehen sollten, sich vorher bei dem Vorstand der hiesigen Zahlstelle zu erkundigen, um sich vor eignen Schaden zu bewahren. Die hiesigen Kollegen rechnen, daß die gestellten Forderungen auch durchgedrückt werden können. Die Heilbronner Berufsverhältnisse sind wirklich besserungsbedürftig. Die Einigkeit unter den Verbandsmitgliedern ist sehr gut. Hoffentlich bleibt es auch in Zukunft so.

Hemsbach. Am 10. April fand in Kirchhausen im Lokal Schmaderer eine Bezirksversammlung statt. Von einem Referat wurde Abstand genommen, indem die Tagesordnung sehr reichhaltig war. Als 1. Punkt kam die Wahl eines Vertreters in die Gauleitung zur Besprechung. Gewählt wurde Kollege Friedrich Weidenhammer-Hemsbach. Als zweiter Punkt stand die Schiedsgerichtsfrage auf der Tagesordnung. Es mußte das Schiedsgericht schon in Anspruch genommen werden, denn manche der Herren Unternehmer wollen sich im neuen Tarif einer neuen Rechnungsmethode bedienen. Das Protokoll der letzten Schiedsgerichtssitzung wurde vorgelesen. Die in Betracht kommende Firma hatte sich nicht weniger als um 11,14 Mark an einem Stück verrechnet. Der Betrag wurde an die Kollegen nachgezahlt. Schwer gerügt wurde das Verhalten einiger Kollegen unter Schiedsgerichtskommission, gegenüber. Wir werden in Dörschwald von den Kollegen in dieser Beziehung die strengste Disziplin fordern. Beschlüsse wurden auf den Reichs- und Skizzenhefte einzuführen, damit in Streitfällen deutliche Beweise geliefert werden können. In der Schiedsgerichtskommission fungieren die Kollegen Fischer und Moosmüller-Kirchhausen und Adam Winter-Heppenheim. Der Tarif ist in allen Positionen genau einzuhalten. Die Kollegen, die nicht in der Lage sind, ihre Stücke selbst zu berechnen, haben sich an die oben erwähnte Kommission zu wenden. Verschiedene Angelegenheiten fanden ihre Erledigung noch. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden noch auf, alles genau zu beachten und fest zu unserer Organisation zu stehen. Es würde sehr von Vorteil sein, wenn die Kollegen die Bezirksversammlungen etwas besser besuchen würden. Diefelben finden alle Vierteljahr in der nächstfolgenden Zahlstelle statt. Nicht am Biertisch, sondern in den Bezirksversammlungen, können wir unsere Meinung zum Ausdruck bringen. Kollegen, habt Ihr vielleicht schon wieder vergessen, in welcher Situation wir uns vor wenigen Wochen befanden?

Kronach. Am 2. Osterfesttag fand unsere Generalversammlung, die von allen Mitgliedern besucht war, statt. Ein kurzer Ueberblick über den Stand der Organisation und die Verhältnisse am Ort wurden gegeben. Berichtete wurde, daß der Geschäftsgang im Sommer des Vorjahres ein ausgezeichnete war, jedoch plötzlich im Herbst ein Umschwung eintrat, und monatelang die Betriebe eingestellt wurden. Beobachtet wurde, daß die Arbeiten in verschiedenen Bauteilen sehr oft geändert wurden. Der Kassenbericht wurde von den Revisoren als einwandfrei bezeichnet. Die Wahl einer neuen Ortsverwaltung machte sich notwendig, da die jetzige Leitung auswärts arbeitet. Zur Delegiertenwahl wurde der gemachte Vorschlag von Ziegelanger akzeptiert. Im Sommerhalbjahr soll an Durchreisende ein Ortsbeitrag von 50 Pfg. aus der Lokalkasse gewährt werden. Bei der Neuregelung der Auszahlungsorte zur Reiseunterstützung soll dem Zentralvorstand anheimgegeben werden, Kronach als Auszahlungsort zu berücksichtigen. Die Entfernung vom letzten Ort nach hier ist so groß, daß sich das unbedingt notwendig macht. Gegen ein Mitglied unseres Verbandes bestand der Verdacht, als Kassierer des Maurerverbandes Gelder unterschlagen zu haben. Arbeitersekretär Genosse Seemann berichtet über die Ursachen der Einstellung des Strafverfahrens. Die ganze Anklage beruhte auf persönlicher Feindschaft. Dem Kollegen konnte nichts nachgewiesen werden. Seemann, der als Sachverständiger die Bücher feinerzeit geprüft hatte, erklärte, daß wohl einige Formfehler vorlägen, die aber durch die falsche Anlegung der Bücher entstanden und weiter gemacht wurden, eine Unredlichkeit aber absolut nicht vorläge. Der alte Vorstand hielt es auch für angebracht, die Vorwürfe, die man dem Kollege Lohse von seiten der führenden Genossen des Maurerverbandes in Nürnberg machte, er hätte in Kronach unter den Mitgliedern des Maurerverbandes für den Steinarbeiterverband agitiert, zurückzuweisen. Dies im Maurerverband organisierten Steinarbeiter haben sich selbst an die Zentrale in Leipzig gewandt und von dort ist Lohse angewiesen worden, den Uebertritt in die Wege zu leiten. Für uns ist die Angelegenheit erledigt, unser Platz ist im Steinarbeiterverband. Die an die Generalversammlung sich anschließende öffentliche Versammlung war nur von wenigen unorganisierten Kollegen besucht. In zwei Betrieben sind die Kollegen teils mit den Geschäftsinhabern, den Geschäftsführern und Polieren verwandt und verknüpft, und grund dessen glauben diese Arbeiter die Organisation nicht nötig zu haben. Bedauerlicherweise sind sie über ihren Irrtum, in dem sie sich befinden, schwer zu überzeugen, daß sie keinen Vorteil haben, müßten ihnen eigentlich die Tagelöhne von 2,50 bis 2,80 Mk., die jetzt erzielt werden, beweisen. Kollege Lohse hielt ein Referat über die Stellung, die der Arbeiter im heutigen Produktionsprozess, unter besonderer Berücksichtigung der Großbetriebe, einnimmt. Sämtliche Kollegen sprachen sich für eine energische Agitation

aus und hoffen, auch den größten Teil der indifferenten Kollegen zu gewinnen.

Königsbrück. Schon wiederholt mußten wir uns an dieser Stelle mit den hiesigen Steinbruchbetrieben beschäftigen. Ein Musterbetrieb ist das Granitwerk Königsbrück (Firma Hohendahl). In diesem Werke, so wird uns geschrieben, sind zwei Poliere angestellt, um alles in Gloria zu erhalten. Die Behandlung der Arbeiter spottet aller Beschreibung. Vor kurzem forderte ein Arbeiter nichts mehr als sein Recht. Die Poliere nahmen Gelegenheit, mit ihm nach Hause zu gehen. Unterwegs suchten oder fanden sie Ursache, den Arbeiter dermaßen zu verprügeln, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte, wozu er zwei Wochen erwerbsunfähig war. Es werden auch fast immer nicht genügend Steine und Werkstücke aus dem Bruch befördert, so daß es nicht selten vorkommt, daß die Arbeiter stunden-, ja halbe Tage lang warten müssen, also während dieser Zeit ohne Beschäftigung sind. Die Verewahrung dagegen hilft eben nichts. Das Bohren der Schußlöcher wird von den Tagelohnarbeitern gemacht, da diese aber meist durch andre Beschäftigung abgehalten sind, haben die Affordarbeiter, die den Felsen verarbeiten, das Nachsehen. Bohren diese nun selbst, so wird das Bohren nicht bezahlt. Besonderes Glück hat oft derjenige, der seinen Platz in der Tiefe hat, wo Wasser steht. Der Heber wird nur selten angezogen und so kann der Arbeiter nur sehr schwer Stücke vom Felsen lösen. Wird wegen all dieser Beschwerden Bubenrecht (Betriebsbesprechung) abgehalten, ziehen die Vorgesetzten es vor, mit Abwesenheit zu glänzen. Mancher Arbeiter würde sich sein Recht auf dem Gemerbergericht suchen, aber leider besteht ein solches am Orte nicht, und so werden die Schikanen ungestört weiter geübt. Selbstverständlich haben nicht alle Arbeiter darunter zu leiden. Es gibt eine Anzahl unorganisierten, die zum Teil auch während des Streiks vor zwei Jahren Hausreichdienste leisteten, diese Leute haben selbstverständlich um so größere Vergünstigungen. In nächster Zeit werden wir jedenfalls Gelegenheit nehmen, uns noch eingehender mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Raugensfeld. In der am 18. April stattgefundenen Steinarbeiterversammlung beschäftigten sich die Kollegen mit der Aussperrung im Baugewerbe, weil auch einige Kollegen von uns betroffen wurden. Der Vorsitzende teilte mit, daß die hiesigen Bauunternehmer eine Versammlung abhielten, wobei sie sich unter Konventionalstrafe verpflichteten, keine Arbeiter einzustellen, die von einem Aussperrungsort kommen. Im übrigen wurde der Beschluß gefaßt, diejenigen Kollegen, die noch in Nürnberg arbeiten und nicht von der Aussperrung betroffen sind, haben während der ganzen Dauer der Aussperrung sich den Beschlüssen der Zahlstelle Nürnberg in bezug auf Extrabeiträge zu fügen. Der Kassierer gab den Kassenbericht bekannt. Es wurde ihm Decharge erteilt.

Neustadt a. d. S. Am Sonntag, den 10. April, fand in Gimmeldingen eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, wozu 27 Kollegen erschienen waren. Kollege Arnold hielt einen Vortrag: Wie erleichtern wir uns den Kampf ums Dasein? Es wurde ihm lebhafter Beifall gezollt. Wie die hiesigen Unternehmer merkten, daß die meisten Kollegen dem Verbands unterworfen wurden, haben sie die Löhne gewaltig gesenkt. Sagte doch ein Unternehmer zu seinen Arbeitern: „Der für 30 Pfg. die Stunde arbeiten will, kann arbeiten. Jetzt erst haben die Kollegen ein, welchen Fehler sie begangen, als sie auf die Sirenenworte der Unternehmer hörten, und wo die Not am größten, da ist der Verband am nächsten. Die meisten früheren Kollegen treten dem Verbands wieder bei, und es wurden auch in dieser Versammlung verschiedene Renaufnahmen gemacht. Unter Verschiedenes wird bekannt gegeben, daß die diesjährige Maiseier gemeinschaftlich für den 2. pfälzischen Wahlkreis auf dem Hambacher Schloß gefeiert wird.

Obernkirchen. Am 10. April fand in dem Gasthof zu den drei Linden in Obernkirchen die erste Bezirksversammlung der Steinarbeiter vom Saalfelder Grauwackenfeld statt. Gauleiter Jakob Drescher referierte über die Situation der Gewerkschaften und berührte u. a. den großen Crimmitschauer Streik und die Solidarität der organisierten Arbeiterchaft den Streitenden gegenüber. Er kennzeichnete das Verhalten der Arbeitgeber bei der 12 000-Mark-Affäre zur Zeit der Sozialpolitik Hofadonstus und die Einbringung der Zuchtshausvorlage. Des weiteren führte er das Vereins- und Versammlungsrecht an mit dem berechtigten Sprachenparagrafen, wodurch es nicht gestattet ist, ausländische oder fremdländische Arbeiter über das Koalitionsrecht aufzuklären. Der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der Unternehmer gehe heutzutage denn doch etwas zu weit. Glaubten doch die Arbeitgeber, die Gewerkschaften durch die Einführung der „Nachtsschicht der Berufsvereine“ schädigen zu können, indem sie sich bei vermeintlichem Schaden an die Gewerkschaftskassen halten wollten. Im weiteren streifte Redner das Grubenunglück in Rabbod und die Forderung der Arbeiterchaft um Grubenkontrollen, beleuchtete die Schädigungen an Leben und Gesundheit ganzer Familien durch die Seimarbeit und die dadurch geschaffenen Hungerlöhne. Wenn für die Steinarbeiter eine Bundesratsverordnung vorhanden ist, so gilt sie jedoch nicht bei den Steinbruchbetriebern, denn bis jetzt merkt man seit dem achtjährigen Bestehen derselben wenig, auch mitunter gar nichts. Der Referent erläuterte noch in kurzen Ausführungen die Bauarbeiteraussperrung. Der reiche Beifall zeigte, daß die Versammelten mit den Ausführungen einverstanden waren. — Kollege Purtsche-Demitz erläuterte die Anträge zum Verbandstage in Eisenach, worauf eine lebhafteste Debatte einsetzte. Im Vordergrund stand die Hilfsarbeiter- und die Erwerbslosenfrage. Die Meinung der Kollegen ging größtenteils dahin, daß eine niedrige Beitragsklasse für die Hilfsarbeiter in den Steinbrüchen einzuführen sei, dagegen die Arbeitslosenunterstützung nicht durchführbar ist. Einstimmig wurde beschlossen, jährlich zwei Bezirksversammlungen abzuhalten. Die nächste Bezirksversammlung findet in Bischofsberda statt.

Roth. Am 9. d. Monats tagte unsere Monatsversammlung. Es wurde der vorzuliegende Lohnarif, welcher auf Vorschlag des Kollegen Lohse noch einige Aenderung erfuhr, einstimmig angenommen. Ebenso wurde einstimmig beschlossen, den Lohnarif den Unternehmern zu unterbreiten. Man konnte in der Entschlossenheit der Kollegen sehen, daß sie unbedingt gewillt sind, ihre Lage zu bessern. Wenn an irgend einem Orte die Löhne verbessert werden müssen, so ist es in Roth am Sand notwendig. Für Schleifer werden Stundenlöhne von 24 Pfg. bezahlt; bei 60stündiger Arbeitszeit kann man 14—16 Mark verdienen. Bei den Steinmetzen ist der Höchstlohn 42 Pfg., der Mindestlohn beträgt 27 Pfg. Nach all dem Vorliegenden dürfte klar sein, daß hier unbedingt Remedur geschaffen werden muß. An die Kollegen allerorts ergeht die Aufforderung, bei dem Granitindustriellen Roth solange keine Arbeit anzunehmen, bis auch dort menschenwürdige Zustände geschaffen sind.

Trieberg (bairischer Schwarzwald). Neben dem Kappeleröder und Randener Gebiet konzentriert sich die größte Zahl der italienischen Steinarbeiter in der Umgebung von Trieberg an der in Deutschland einzigartig Schwarzwaldbahn. Entscheidend für unsere Organisationsverhältnisse und Erfolge im Schwarzwald ist das Verhalten unserer alljährlich in großer Zahl reisenden italienischen Berufsgenossen. Im Kappeleröder und Randener Gebiet konnten die Organisationsverhältnisse unter den italienischen Kollegen als erfreulich und zufriedenstellend betrachtet werden. Nicht im gleichen Maße konnte dies vom Trieberger Gebiet gesagt werden. Es bestand vor mehreren Jahren in Schonach bei Trieberg für kurze Zeit einmal eine Zahlstelle, aber die winterliche Heimkehr der Steinarbeiter nach Italien ließ sie wieder verschwinden. Nach wiederholten vergeblichen Versuchen ist es aber jetzt dank der anerkanntwertigen Mithilfe des Trieberger Gewerkschaftskartells gelungen, auch dort eine Grundlage der Organisation zu schaffen, welche die Garantie verbürgt

Mitteilungen. Vorf. u. Kass.: Heinrich Spuler, Tiefental. Knittlingen. Vorf.: Johann Silber.

Briefkasten.

Koschens. Der Antrag wäre direkt beim Verbandstage zu stellen. — Basel. Wir haben dafür keine Verwendung. Warum wird denn die Schilderung nicht nach Zürich, Breggartenstraße, gefandt.

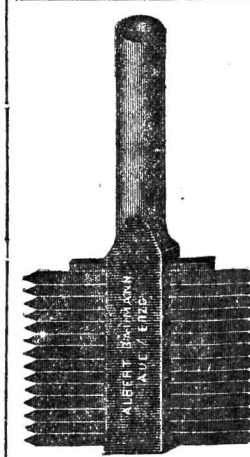
Die Nummern 14 und 15 des „Steinarbeiter“ sind vergriffen. Ueberschüssige Exemplare in den Zahlstellen möchten sofort an unsere Expedition gefandt werden.

□□ Anzeigen □□

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Demitz-Thumitz.

Die diesjährige **Maifeier der Steinarbeiter** der **Zahlstelle Demitz-Thumitz** findet wie folgt statt: Vormittags 9 Uhr: **Frühstücken** im **Gasthof Neu-Schmölln** und im **Gasthof z. Erholung in Demitz-Thumitz**; nachmittags 1/2 1 Uhr: **Gemeinschaftlicher Spaziergang** von **Neu-Schmölln** über **Tröbigau** und **Putzkau** nach **Schmölln**, daselbst **Versammlung**. Abends 7 Uhr: **Familienabend** im **Gasthof zur Erholung in Demitz-Thumitz**. — Die Kollegen und Gönner unserer Sache sind hierzu **freundschaftlich eingeladen** und werden ersucht, sich **zahlreich** daran zu beteiligen. **Die Ortsverwaltung.**



Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte
Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine
Werkzeuge und Werkzeugstahl
empfiehlt zu billigen Preisen

Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Taffets, Leder- und Buckflins-Jakets in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Der Unterricht an Fachschulen
ist sorgfältigst nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken System Karnag-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker.** Glänzende Erfolge. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen.
Bonness & Hachfeld Potsdam-W.18.

Mehrere tüchtige Handhacker
auf schwed. Granit werden für dauernde Beschäftigung gesucht.
Granitwerk Hermann Jahn, Bernau (Oberfranken).

Suche sofort einen
Steinmetzen
der Granitschrift hauen kann u. in Sandsteinarbeiten firm ist.
H. Iversen, Sonderburg (Schleswig-Holstein).

Suche sofort einen tüchtigen
Steinmetzgehilfen
der in der Grabsteinbranche erfahren ist. Stellung dauernd.
Paul Niendorf, Steinmetzmeister
Altwasser (Schlesien).

Marmorschleifer
für Hand- u. Maschinenbetrieb sucht bei tarifmäß. Bezahlung
J. John & Sohn, Leipzig
Gurtzicher Straße, Freibadbahnhof.

Bestorben.
In Etville a. Rh. am 18. April der Kollege **Johann Benz**, 37 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Rütchenbach am 23. März der Kollege **Ludwig Sturm**, 43 Jahre alt, an Lungenemphysem.
In Mülhausen (Schüringen) am 11. April der Kollege **Paul Wegerich**, 49 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Unterhanje; die Arbeiterpartei hat 16 Mandate gewonnen und verfügt nunmehr mit 47 gegen 28 der Fusion über eine Mehrheit von 19 Stimmen. Es wird also ein starkes Kabinett der Arbeiterpartei folgen, und das früher in Australien herrschende Dreiparteiensystem ist beseitigt. Auch in den Senatswahlen, deren Ergebnis noch nicht ganz vorliegt, scheint die Arbeiterpartei in allen Staaten außer in Victoria zu siegen.

Ein bürgerliches Urteil über Streikbrecher.

Stumpfsinnig muß man diejenigen nennen, die aus Bequemlichkeit, aus Eigenbrödelei nicht zu bewegen waren, mit ihren Genossen an einem Strang zu ziehen; es sind dies die sogenannten Ueberschläuen, die sich sagen, hat die Sache Zweck und Erfolg, dann werden wir uns auch der Erfolge zu erfreuen haben, ohne daß wir Verpflichtungen zu übernehmen brauchen. Böswillige Streikbrecher sind diejenigen, welche, sei es freiwillig oder gezwungen, sich der Organisation anschließen, aber dann die Verpflichtungen nicht halten, welche die Organisation ihnen im allgemeinen Interesse auferlegen mußte. Verachtungs-würdig und zu bekämpfen sind beide Gruppen. Es sind zum Glück, und zum Lobe sei es gesagt, nur einige; aber sie sind un-bequem, weil sie zwar nicht als Einzelperson gefährlich für die Organisation zu wirken vermögen, sondern als Beispiel, deshalb muß verlangt werden, daß diese Leute mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln herangeholt werden, daß ihnen klargemacht wird, wie schädlich sie als Beispiel wirken. Die böswilligen Streikbrecher sind nicht die schlimmsten, denn sie zeigen ihre Wege gewöhnlich in Äußerungen offen genug, um sich mit ihnen abfinden zu können, und dann sind es auch noch Einzelpersönlichkeiten, daß sie gar nicht ins Gewicht fallen. Häufiger und schlimmer sind die stumpfsinnigen Streikbrecher, und da sei es Angelegenheit der Organisationsangehörigen, der Nachbarn, der Freunde, diese noch in die Organisation hineinzuziehen oder aber, wenn sie zu der ersten Kategorie gehören und schon wortbrüchig geworden sind, indem sie die gemeinsamen Bedingungen nicht innehalten, gehe man gegen sie vor.

Julius Heise (ein bürgerlicher Sozialpolitiker).

Literarisches.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 29. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Noch einmal Schulfragen. — Was nun? Von R. Kautsky. (Schluß). — Sisyphusarbeit? Von Otto Bauer. — Die Tarifverträge während der Krise. Von R. Leopold (Berlin). — Literarisches Rundschau: Dr. Hermann Levy, Monopole, Kartelle und Trusts in ihren Beziehungen zur Organisation der kapitalistischen Industrie. Von M. R. — Die Judenpogrome in Rußland. Von M. — Notizen: Die russische Stadt. Von Lipsius. — Zeitschriftenchau. — Bibliographie des Sozialismus.

Klassenbeiträge oder Einheitsbeiträge? Verlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin. In der Broschüre wird die Meinung vertreten, daß im Holzarbeiterverband die Einführung der Klassenbeiträge nicht möglich sei. Dies komme daher, weil zu viele Branchen in Frage kämen, an einem Orte manchmal 15—20. Aus diesem Umstände würde in der Beitragsstaffelung eine richtige Verwirrung eintreten. — Für den Steinarbeiterverband wäre diese Schlussfolgerung allerdings nicht zutreffend. Im übrigen ist die Broschüre des Holzarbeiterverbandes recht passend geschrieben.

Aus Mansfelds Chrentagen. Verlag von A. Ehle, Halle a. S. 1910. Die 96 Seiten starke Broschüre ist äußerst flott geschrieben. Die Niederschrift ist mehr im Feuilletonstil gehalten und das wird den Lesern auch sehr willkommen sein.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 11. bis mit 16. April 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Emden, B. 3.—, Trieses, B. 3.60. Nienburg, B. 3.45. Kempten, B. 7.15. Nienstetten, B. 8.85. Campe, B. 5.60. Stendal, B. 4.40. Stabtlauringen, B. 5.—. Borgenreich, B. 3.15. Baden-Lichtental, B. 4.70. Königswalde (Schmiedel), B. 6.40. Rath, 9.14. Geilsbad-Regelanger, B. 186.90, E. 5.50, K. 37.70. Höchst i. D., B. 28.50, K. 4.45. Hofenleuben, B. 84.—, E. 1.—, K. 1.10. Niederlamig, B. 420.—. Neuhaus, B. 86.94, E. 6.—, K. 0.60. Schwarzenbach, B. 498.—, K. 20.—. Weissenstadt, B. 84.—, K. 30.—. Zinnhain, B. 42.—. Offenburg i. Bad., B. 42.—. Ober-Weilau, B. 201.90, E. 1.50, K. 9.20. Regensburg, B. 163.40, K. 1.60. München, B. 581.90, K. 18.85. Lutter, B. 128.94, E. 0.50, K. 14.20. Leonbronn, B. 15.20, K. 2.—. Hof, B. 35.30, K. 7.80. Greiz, B. 92.—. Krefeld, B. 43.70, K. 1.05, M. 2.50. Altleiningen, B. 42.—, K. 2.50. Königswalde (Otto), B. 3.30. Altenburg, B. 3.30. Baugen, Ins. 3.—. Frankfurt a. M., Ins. 1.20. Dittelsdorf, B. 17.60. Rendsburg, B. 3.30. Videnbach, B. 84.—. Eberbach i. Baden, B. 12.54, E. 3.—, K. 1.30. Jannowitz, B. 286.—, K. 30.—. Königberg, B. 18.40, E. 1.—, K. 3.10. Lübeck, B. 115.—, M. 0.50. Rieja, B. 101.20, K. 8.80. Witten, B. 69.—. Bunsiedel, B. 184.80, E. 1.50, K. 20.—. Volksberg, B. 19.—, K. 20.—. Uim, B. 149.50, E. 4.50, K. 1.25. Langensalza, B. 195.50, K. 17.50. Hamburg II, B. 133.40, M. 0.85. Deutmannsdorf, 4.62. Koblenz, B. 6.90, K. 0.60. Bischofswerda, B. 91.14, E. 0.50, K. 2.40. M. 0.60. Alt-Warthau I, B. 172.50, K. 46.50. Einbeck, Ins. 2.—. Großsch, K. 1.—. Neustrelitz, B. 7.70. Jyehoe, B. 2.20. Pforzheim, B. 28.98, K. 3.40. Penig, B. 12.60, K. 0.90. Plauen, B. 23.—, K. 3.25. Mannheim, B. 222.18, E. 1.—, K. 22.—, M. 1.80. Kleinrinderfeld, B. 55.20, K. 1.05. Gebweiler, B. 16.10, K. 0.90. Falkenhain, B. 100.38, E. 0.50, M. 0.75. Eibelfstadt, B. 184.—, E. 3.50, K. 15.25, M. 2.70. Bensheim, B. 31.50, K. 3.50. Bremen, 358.80, K. 1.95. Bürgstadt, B. 94.50, E. 0.50, K. 16.30. Dörfelndorf, B. 101.25. Duisburg, B. 23.—, K. 6.—. Fürstentstein, ? 32.80. Gommern, B. 570.—, E. 1.50. Hannover II, B. 17.80, E. 0.50. Kirchberg, B. 105.—, E. 2.—, K. 3.—, M. 2.50. Seebach, B. 158.70, K. 0.45, M. 0.60. Frier, B. 21.62, K. 3.90, M. 2.50. Wildemann, E. 24.—, K. 0.25. Wurgau, B. 204.54, E. 6.—, K. 3.10. Osnabrück, Ins. 2.80.

Berichtigung: In der Quittung über eingegangene Gelder vom 28. März bis 2. April, Nr. 15 des „Steinarbeiter“, muß es heißen: Eberbach i. S. statt Eberbach.
Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Bunzlau. Von unserer Zahlstelle werden sehr viel Tarifauskünfte verlangt. Die Auskunftsuchenden möchten aber mindestens das Rückporto beifügen. Das haben auch diejenigen zu tun, welche sich ihre Bücher nachsenden lassen wollen.
Georg Burggraf, Vertrauensmann.

Konstanz. Der Kollege Christian Speidel, geboren in Dietigheim (Verb.-Nr. 26906), ist abgereist und hat sein Buch in Unordnung zurückgelassen. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Konstanz. Vorf.: Johann Eberle, Rheingutstraße 14.
Spandau. Vorf.: Johann Kappel.
Röhl I. Vorf.: Michael Scharg, Maybacher Str. 102, pt. **Hamburg I.** Das Reisegeschenk zahlt Hermann Meier, Normannweg 16, pt., aus.
Deutmannsdorf. Vorf.: Valentin Strud.
Ahlheim. Kass.: Gg. Fortner, Mitterstraße 142a.
Göttingen. Kass.: Herm. Schlieper, Groner Chaussee 58a.
Mainz. Vorf.: Peter Unkrich, Forster Straße 21, II.
Kronach. Vorf.: Johann Bülling, Höfles. Kass.: Andreas Wich, Höfles.

von Dauer zu sein. Am Sonntag, 3. April, fand eine Steinarbeiterversammlung in Trierberg statt, die über alle Erwartungen gut besucht war. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen des italienischen Referenten. Der Beifall während und nach der Rede bewies, wie sehr auch die Trierberger italienische Arbeiterschaft überzeugt ist von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Berufsgenossen zur Verbesserung ihrer Lage. Eine große Zahl von Kollegen ließ sich in den Verband aufnehmen. Auch hier ist damit der Grund gelegt für eine kräftige Entwicklung der Organisation. Wir sind überzeugt, daß die junge Zahlstelle eine wichtige Position der Organisation der Steinarbeiter im Schwarzwald bilden wird und begrüßen sie als neue Mitkämpferin zur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Waldhörn. Am 30. März fand im Vereinslokal zum Jähringer Hof unsre Steinarbeiterversammlung statt. Die Versammlung wurde vom Vorstand Nau eröffnet. Derselbe dankte den Erschienenen für den zahlreichen Besuch. Außer den organisierten Kollegen waren auch noch circa 15 andre Kollegen erschienen. Kollege Lohse sprach über die Lage der Arbeiter im Muschelkalkgebiet. Die Debatte war heftig, aber sie war notwendig. Durch die Worte des Gauleiters, sowie die der organisierten Kollegen angefeuert, traten 8 Kollegen dem Verbands bei. Vielleicht ist es uns möglich, die dem Verbands fernstehenden Kollegen demselben doch noch zuzuführen zu können.

Bunsiedel. Am 3. April tagte im Gasthofe zum weißen Kopf in Schönbrunn eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, die gut besucht war. Es waren circa 60 Kollegen von Schönbrunn, Tröstau und Bunsiedel anwesend. Zum 1. Punkt referierte Kollege Hofmann-Selb über Zweck und Nutzen der Organisation. In seinem Referat erläuterte er in leichtverständlicher Weise, daß der einzelne im Kampfe gegen das Unternehmertum machtlos ist. Nur vereinte Kräfte führten zum Ziel. Er besprach weiter die Steuerpolitik im Land- und Reichstage, durch die das arbeitende Volk noch mehr geschöpft wird wie bisher. Die Bestenben nehmen auf Grund ihres Geldsacks die besten Stellen im Staate ein. (Lebhafte Beifall.) 19 Kollegen traten dem Verbands bei. Dies ist ein Beweis, daß in der Kollegenchaft wieder ein regeres Verbandsinteresse erwacht ist. In der Diskussion wurde das Verhalten der früheren Kirchenämter Kollegen geißelt, die es nicht der Mühe wert fanden, ihre Zahlstelle zu erhalten, trotzdem dort circa 300 Steinarbeiter beschäftigt sind. Im weiteren wurden die Kollegen ermahnt, ihre gut redigierte Fachpresse, den „Steinarbeiter“, gründlich zu lesen.

Rundschau.

Die Tagesordnung zum außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands wird von der Generalkommission in der neuesten Nummer des Korrespondenzblattes publiziert. Als Referent für die Krankenkassenversicherung ist Gustav Bauer-Verein bestimmt, über Unfallversicherung und über Gewerbe- und landwirtschaftliche Unfallversicherung wird Rud. Wiffell-Berlin referieren, ferner über See-Unfallversicherung Paul Müller-Hamburg. Zur Invalidenversicherung ist Johannes Zimm-Münch als Referent bestimmt, zur Hinterbliebenenversicherung Friedrich Leiche-Hamburg. Der Kongreß, der im Gewerkschaftshause in Berlin tagt, wird zwei Tage dauern und wird am 25. April, vormittags 10 Uhr, eröffnet.

Sonderbare Feilgabe. Die christlichen und Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften lehnten es ab, sich an dem Gewerkschaftskongreß, welchen die Generalkommission zum 25. und 26. April nach Berlin einberufen hat, zu beteiligen. Die beiden Gewerkschaftsrichtungen wollen ihre Interessen in der Vereinigung für soziale Reform wahrnehmen.

Der Muschelkalksteinbruch nebst umfangreichem Terrain der Firma Haas u. Wirths in Klein-Rinderfeld ist in den Besitz der Berliner Steinmetzfirmen Gebrüder Feidler übergegangen.

Submissionen. In den nächsten Tagen werden folgende Steinlieferungen vergeben: Geestemünde: 1700 Quadratmeter Pflastersteine; Camberg im Taunus: 50 Kubikmeter Werksteine zum Amtsgerechtsbau; Halle: 3000 Quadratmeter Reifenspflastersteine; Frankfurt a. M.: Steinmeharbeiten in Muschelkalk für die Helmholzer Realschule; Bremen: 1700 Quadratmeter Kleinpflastersteine; Mannheim: Für die evangelische Kirche die Muschelkalkarbeiten; Hamburg: 100 Kubikmeter Kleinpflaster; Lingen: Stadtbauamt, 11 500 Kubikmeter Steinschlag; Duisburg: 1950 Quadratmeter Grauwadenspflastersteine; Fürstentwalde: 130 Kubikmeter Kleinpflaster; Krefeld: 148 000 Stück Reifenspflastersteine; Mainz: 2500 Kubikmeter Wasserbausteine; Buer i. W.; Sandsteinlieferungen für das Amtshaus.

Zum schwedischen Pflastersteinzoll. In der Sitzung des Reichstags vom 14. April wurde über die Erneuerung des schwedischen Handelsvertrags mit Deutschland gesprochen. Der Abgeordnete Dahle m. verlangte einen hohen Pflastersteinzoll für Schweden. Dr. Paasche vertrat dieselbe Meinung.

Die Erfolge der Tarifbewegung in der Holzindustrie lassen sich erst jetzt, nun die Bewegung ihrem Ende zuneigt, in vollem Umfange übersehen. Es wurde erreicht an

Arbeitszeitverkürzung:

in 2 Städten mit 1900 Arbeitern 3 Stunden pro Woche					
" 8 "	2120	2	"	"	"
" 20 "	10970	1	"	"	"

Lohnerhöhung:

in 2 Orten mit 400 Arbeitern 3 Pfg. pro Stunde					
" 5 "	16000	3 1/2	"	"	"
" 19 "	13740	4	"	"	"
" 16 "	5170	5	"	"	"
" 2 "	1250	6	"	"	"

Auch in den Orten, in denen zunächst eine Verständigung zwischen den Parteien nicht zustande kam, gelingt es dem Bemühen der beiderseitigen Zentralvorstände, nach und nach eine Einigung herbeizuführen. Bisher ist es nur in einem Falle, bei der Firma Heymann in Essen-Kray zum Zustand gekommen, weil die Firma sich hartnäckig weigert, den getroffenen Vereinbarungen zu entsprechen. Die Holzarbeiter hoffen, den Herrn binnen kurzem zur Anerkennung des Tarifes zu bringen.

Die belgische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. Das Krisenjahr 1908 hat auch der belgischen Gewerkschaftsbewegung schwere Verluste gebracht. Der offizielle Bericht der Gewerkschaftskommission der belgischen Arbeiterpartei verzeichnet am Schluß des Jahres 1908 noch 106 521 angeschlossene Gewerkschaftsmitglieder gegen 138 763 am Schluß des Vorjahres. Die ungeheure Arbeitslosigkeit hat eben schwere Opfer gefordert. Trotz der hohen finanziellen Anforderungen haben sich aber die Finanzen infolge der Beitragserhöhung wie auch der langsam sich durchdringenden Zentralisation bedeutend gebessert. Das Verbandsvermögen betrug pro Mitglied am Ende des Jahres 1908 (in Klammern der durchschnittliche monatliche Beitrag): Nahrungsmittelindustrie 7.31 Fr. (0.85 Fr.), Baugewerbe 4.57 (1.48), Holzindustrie 19.58 (1.36), Wagenbau 21.83 (2.57), Schulindustrie 7.65 (1.40), Häute-, Leder- und Handschuhindustrie 15.04 (1.52), Metallindustrie 7.62 (2.05), Bergbau 44.44 (1.69), gemischte Berufe 3.29 (1.10), Steinindustrie 7.17 (2.91), Buchdruckgewerbe 34.34 (2.04), Tabakindustrie 7.17 (2.91), Textilindustrie 20.72 (2.03), Transportgewerbe 21.52 (1.60), Glasindustrie 4.12 (1.40), Bekleidungsindustrie 55.91 (2.60) Fr. Es ist wohl zu hoffen, daß mit der sich anscheinend bessenden Konjunktur auch die belgischen Gewerkschaften wieder an Boden gewinnen.

Sieg der Arbeiterpartei in Australien. Der Frankfurter Zeitung wird gemeldet: Die Generalwahlen in Australien haben der liberal-konservativen Fusion eine schwere Niederlage bereitet. Die Fusion hatte bisher 44, die Arbeiterpartei 31 Mandate im

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Butterboykott in Berlin. — Die Butterpreise im Kleinhandel. — Der Grad der Buttervertheuerung. — Wer trägt die Schuld? — Mangelhafte Organisation des Butterverkehrs.

Die Konsumenten wehren sich gegen die steigenden Warenpreise durch die Anwendung des Boykotts. In Berlin macht gegenwärtig ein partieller Butterboykott von sich reden. Es ist hier nicht der Ort, sich mit diesem Boykott selbst zu befassen, aber es wird von allgemeinem Interesse sein, über die Bewegung und den Stand der Butterpreise sowie über die Ursachen der Buttervertheuerung einige Anhaltspunkte zu geben. Denn mehr als Anhaltspunkte bietet das Tatsachenmaterial, das wir über den Buttermarkt haben, nicht. Vor allem ist nämlich hervorzuheben, daß unsere Preisstatistik, und hier in erster Linie die Statistik der Lebensmittelpreise, noch sehr im Argen liegt, so daß wir zwar für einzelne Orte wohl eine Masse von Preisnotierungen haben, deren Wert aber aus den verschiedensten Gründen recht zweifelhaft ist, und die alle zusammen sehr wenig unter sich vergleichbar sind und namentlich kein einwandfreies zusammenfassendes Bild für unser gesamtes Marktgebiet zulassen.

Gehen wir zunächst einmal von den Butternotierungen im Kleinhandel aus, um über die Vertheuerung der Butter Auskunft zu erhalten, so haben wir zwar für 50 preussische Plätze fortlaufende monatliche Notierungen der Butterpreise, die wenigstens die Bewegung der Preise an den einzelnen Orten veranschaulichen. Es fällt dabei auf, daß die absolute Höhe der Butterpreise im Kleinhandel nach diesen Notierungen ungemein verschieden ist. Unter den 50 Plätzen wird der höchste Butterpreis in Gensburg notiert, und zwar mit 3.15 M. pro Kilogramm im Februar d. J. Auf den 50 Plätzen wird der Butterpreis für Alsenstein mit 2.05 M. angegeben. Es ist nun aber sehr fraglich, ob beide Notierungen für eine in der Qualität gleiche Ware gelten. In der Statistik wird einfach „Eibutter“ notiert, aber dieser Begriff ist sehr schwankend und läßt daher sehr wohl zu, daß die Eibutter in Gensburg der Güte nach wesentlich höher steht als die Eibutter in Alsenstein. Mit dieser Ausföhrung soll nur dargetan werden, daß wir die absoluten Preise für eine gewisse Butterart an verschiedenen Orten so lange nicht vergleichen können, so lange nicht bestimmt umschriebene Qualitätsarten ein für allemal festgelegt sind.

Über ist es möglich, aus den zeitlich verschiedenen Preisnotierungen des einzelnen Ortes auf die Bewegung der Butterpreise am namentlichen Orte zu schließen und aus dem sich ergebenden Bilde den allgemeinen Grad der Buttervertheuerung zu entnehmen. Vergleichen wir die Bewegung des Butterpreises in der Zeit vom Januar 1909 bis Februar 1910, so ergibt sich für die 50 preussischen Orte im allgemeinen eine Steigerung, die sich unter Berechnung eines arithmetischen Durchschnitts auf 0.24 M. pro Kilogramm beläuft. Nun bietet sich das eigenartige Bild, daß wir neben zahlreichen Plätzen, die dem Durchschnitt nahe kommen, eine ganze Reihe solcher Städte haben, in denen die Preissteigerung ganz ungewöhnlich hoch ist. Wir wollen nur nachstehende fünf Plätze hervorheben, an denen das Kilogramm Butter in Pfenningen, wie folgt, notiert wurde:

Ort	Januar 1909	Februar 1910	Differenz
Potsdam	238	300	+ 62
Kiel	242	303	+ 61
Altona	243	300	+ 57
Gensburg	260	315	+ 55
Hamburg a. E.	250	300	+ 50

Bemerkenswert ist, daß unter den fünf Plätzen nicht weniger als vier sind, von denen man annehmen kann, daß bei ihnen die Zufuhr aus Dänemark eine für die Gestaltung des Butterpreises nicht unwichtige Rolle spielt. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch Orte, in denen die Butterpreise gegenüber 1909 gefallen sind. Auch hier wollen wir einige Beispiele geben. Es stellte sich der Butterpreis pro Kilogramm in Pfenningen in nachstehenden Orten:

Ort	Januar 1909	Februar 1910	Differenz
Graudenz	245	225	- 20
Danzig	250	240	- 10
Alsenstein	215	205	- 10
Sigmaringen	260	250	- 10
Münster	243	238	- 5

Städte, in denen die Preissteigerung dem Durchschnitt sehr nahe kommt, sind Berlin, Wiesbaden, Düsseldorf, Frankfurt am Main usw. Sind schon die Schwierigkeiten, die Höhe der Detail-

preise vor ihrer Bewegung am namentlichen Orte festzustellen, sehr erheblich, so wird es geradezu zur Unmöglichkeit, über die allgemeinen und besonderen örtlichen Ursachen der Preisbewegung stichhaltige Angaben zu machen. Der Streit, wer trägt die Schuld der Buttervertheuerung, der Landwirt, der Zwischenhandel oder der Kleinhändler, wurde ja in der Presse mit großer Lebendigkeit ausgefochten, leider aber immer ohne den nötigen zwingenden Beweis. Auf Grund zahlreicher Beobachtungen und Erfahrungen dürfte davon ausgegangen werden, daß die Buttergewinnung in Deutschland während der Jahre 1908 und 1909 sich mindestens in einer Stagnation, wahrscheinlich 1909 sogar in einem Rückgang befunden hat. Die letzte Viehzählung deutet auf eine Abnahme des Bestandes an Kühen, und sicher ist, daß 1909 erheblich mehr Kühe geschlachtet worden sind als 1908 und 1907. Diese Erscheinung hängt zweifellos von dem geringeren Ertrag der Futtermittel ab, und es macht auch nichts aus, wenn die künstlichen Futtermittel im Preise gesunken sein sollten, was indes gleichfalls aus einzelnen Notierungen noch nicht geschlossen werden kann. Die Knappheit der Buttergewinnung dürfte also sicher sein, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern auch für viele Butter in großen Mengen exportierende Länder. Daß die Landwirte bei dieser Gestaltung des Angebots sich Preise bezahlen lassen, so hoch sie sie bekommen können, das haben sie allen in der Geschäftswelt stehenden Personen gemein. Bei den ersten Preissteigerungen bleibt es aber nicht. Es ist vielmehr eine alte Erfahrung, daß eine Preissteigerung, die beim ersten Produzenten einsetzt, sich im Zwischenhandel um so schärfer äußert, je mehr der Zwischenhandel mit einer solchen Nachfrage rechnen kann, wie dies beim Butterverbrauch in Großstädten der Fall ist. Nicht die Arbeiterbevölkerung spielt für den Butterverbrauch eine ausschlaggebende Rolle, sondern die begüterten Schichten der Bevölkerung. Bis bei diesen aber aus der Preissteigerung der Zwang entsteht, den Butterverbrauch merkbar einzuschränken, können die Aufschläge im allgemeinen recht erheblich werden.

Daß bei einer besseren Organisation des Butterverkehrs ein für die Konsumenten günstigerer Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage geschaffen werden könnte, als wie es gegenwärtig der Fall ist, das dürfte kaum zu bestreiten sein. Zahlreiche Konsumvereine, die einen direkten Verkehr zwischen Butterhersteller und Verbrauchern vermitteln, sind heute schon auf dem Wege begriffen, der eingeschlagen werden muß, um nicht nur den Vertrieb zu verbilligen, sondern auch ein besseres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen und dadurch ungewöhnlichen Preissteigerungen entgegenzuwirken. Selbstverständlich kann auch der Boykott einer Ware einen Preisdruck ausüben, aber einmal ist eine Voraussetzung dazu, daß auch die Masse der Verbraucher bis zu einem gewissen Grade organisiert ist, was nicht leicht zu erreichen ist, soann aber müssen auch die Wirkungen eines solchen Boykotts ins Auge gefaßt werden. Ein Preisdruck, der sich weiter fortplant, kann auf die Warenhersteller bei einiger Dauer nach der Richtung wirken, daß das Angebot noch weiter vermindert wird, daß also nach einiger Zeit die Preiscurve erst recht nach aufwärts treibt.

Berlin, den 15. April 1910.

Nich. Calver.

Erneuter Tarifabschluß in der Bau- und Grabsteinbranche Großberlins.

Mit Spannung wurde dem Ablaufstermin des alten Tarifvertrages, dem vielerwünschten 1. April d. J. entgegengeesehen. Die allgemeine Unsicherheit auf dem Tarifgebiete des Baugewerbes erhöhte diese um ein beträchtliches.

Wird es uns gelingen, unter den ungünstigen Verhältnissen eine Aufbesserung unserer wirtschaftlichen Lage zu erzielen? — das war die Frage, welche uns seit langem beschäftigte. Daß der bisherige Zustand nicht unverändert fortbestehen könne, war eine ausgemachte Sache. Seit 1907 hatten wir keinen Fortschritt zu verzeichnen, und was erschwerend für die Gegenwart ins Gewicht fiel, war, daß unser Vorkurs im letzten Jahrgang fast ausschließlich nur dem Stundenlohn zugute kam. Andere Gebiete, der Affordtarif, die Jahrgeldfrage usw. blieben auf dem Wege liegen. Zwar nicht unbeachtet, im Gegenteil, manche heftige Redeschlacht wurde geschlagen — doch es blieb eben beim Alten. Kein Wunder, daß auch bei den jüngsten Verhandlungen diese unerledigten Punkte eine große Rolle spielten.

eine Dritteilung vorgenommen. Der Unterbau soll eine Erinnerung für die gefallenen Krieger sein, der Mittelbau ist als Ruhmeshalle für das deutsche Volk gedacht, der Oberbau mit seinen zwölf Kolossalfiguren soll an die Zukunft mahnen. Die Gesamthöhe des Denkmals soll etwa 90 Meter betragen. Die Baukosten dürften 6 Millionen Mark betragen.

Die Auswahl des Werksteinmaterials fiel zum Denkmalsbau nicht sonderlich schwer. Daß nur Hartgestein für einen Bau, welcher den Stürmen der Zeit Jahrhunderte und Jahrtausende trotzen soll, zur Verwendung kommen konnte, mußte ohne weiteres klar sein. Dann war in Erwägung zu ziehen das Korn und die Farbe des Gesteins. Die feinkörnigen Granitorten mußten ohne weiteres ausgeschlossen werden; das Denkmal soll massig wirken, dementsprechend sind die Baumaterialien zu wählen. Somit war nur auf die Hartgesteine größerer Struktur zurückzukommen. Wo sind nun die ergiebigen Fundstätten dieser Gesteine? Wir nennen den Beucha-Brandföhr Bezirk, den Schwarzwald (Kappelrodeck, Ottenhöfen und Waldbulm nebst Umgebung), den Odenwald, wir haben dabei nur das Jochenbacher Gestein im Auge, und den Kößener Granit. Am allergeringsten wäre für solche Zwecke allerdings der Kappelrodecker Granit, aber die ungeheuren Transportkosten ließen von einer Verwendung abraten. Wir wollen das etwas ersichtlicher gestalten, indem wir die Entfernungen der in Frage kommenden Bruchdistrikte durch die Einsetzung der Kilometer und Frachten hervorheben:

Von	Bis Leipzig 570 km	Frachttarif für 200 Zentner
Von Kappelrodeck		138 M.
„ Neusorg (Fichtelgeb.)	240	58
„ Beucha	18	11

Diese paar Ziffern dokumentieren recht drastisch, welche ungeheuren Vorsprung die Beuchaer Steinbruchbesitzer bei der Kalkulation gegenüber ihren Kollegen in den vorbenannten Gebieten hatten. Das wußten die jetzigen Lieferanten genau, und so konnten die Herren die Preise diktieren. Für sie bedeutet das Völkerschlagdenkmal eine wahre Goldgrube. Wahrscheinlich werden pro Kubikmeter

Die Affordarbeit ist in Berlin, soweit die Baugeschäfte in Frage kommen, durch die Verlegung der Werkstättenstellung nach den Bruchdistrikten auf die natürlichste Weise fast ausgeschaltet. Die Vorliebe der Unternehmer für diese Arbeitsweise ist jedoch die alte geblieben. Sie versuchten daher wiederholt, den Kreis derselben zu erweitern. Eine Handhabe hierzu bot sich ihnen in der tariflich vorgesehenen Position der „Vereinbarung“. In der Praxis war jedoch von einer Vereinbarung im wahren Sinne des Wortes keine Rede. Unter dem Druck der Verhältnisse galt eben der von den Unternehmern einseitig festgesetzte Preis als Vereinbarung. Um dem abzuhelfen, forderten wir bei den diesjährigen Verhandlungen die Beseitigung der „freien Vereinbarung“, an deren Stelle den Zeitlohn setzen, für alle nach dem Affordtarif nicht zu berechnenden Arbeiten. Es gelang uns, nach dieser Richtung einen Schritt vorwärts zu kommen, indem die Garantierung des Minimums Lohns für Vereinbararbeiten, mit Ausnahme der „Massenartikel“ in den Grabsteingeschäften (Baumstämmen, Felsen, Plattenkonsole usw.) in den Tarif aufgenommen wurde. Von dieser Errungenschaft — eine organische Weiterentwicklung voraussetzend — bis zur Erreichung des allgemeinen Tagelohns, kann nur noch eine Frage der Zeit sein, welche nicht eher vor unserm Programm verschwinden wird, bis sie mit der Beseitigung der Affordarbeit gelöst ist.

Auch in der Jahrgeldfrage bleibt es nicht „wie bisher“. An Stelle des „wie bisher“, von dem kein Mensch wußte, was darunter zu verstehen ist, tritt folgende Bestimmung: Innerhalb der Reichsbildgrenze Berlins und nach den in den Vororten gelegenen Werkplätzen, sowie nach 1 1/2 Kilometer im Umkreise derselben liegenden Bauten wird kein Jahrgeld gewährt. Im übrigen kommt nach den Vororten das von der dem Werkplatz zunächst gelegenen Ringbahnstation erforderliche Jahrgeld in Betracht. Nach weiter gelegeneren Vororten wird das volle jährliche Jahrgeld gezahlt. Innerhalb der Arbeitszeit veranschlagte Jahrgelder werden vergütet, und muß sich der Steinmetz auf dem schnellsten Wege nach der betreffenden Arbeitsstelle begeben. Bei Arbeitsgelegenheiten bis zu einschließlich drei Tagen wird das Jahrgeld auch innerhalb der Jahrgeldfreien Zone bezahlt. Bei vorübergehenden Arbeitsgelegenheiten von höchstens sechs Tagen nach den weitergelegenen Vororten wird eine Stunde Fahrzeit vergütet. In Betracht kommen hierbei alle Vororte innerhalb folgenden Ringes: Spandau, Tegel, Oranienburg, Bernau, Kaulsdorf, Erkner, Eichwalde, Schmöckwitz, Jossen, Trebbin, Lichterfelde Süd, Potsdam. Ueber diese Zone hinaus wird neben dem Berliner Minimumslohn pro Arbeitstag eine Zulage von mindestens 2 M. bezahlt; ferner das Jahrgeld 3. Klasse.

Sind diese Sätze auch als höchst bescheiden, zum Teil als völlig unzureichend zu bezeichnen, so bedeuten sie doch gegenüber dem bisherigen willkürlichen Zustande eine erhebliche Verbesserung, welche zweifellos zu stabileren Verhältnissen in dieser Beziehung führen wird.

In Bezug auf die Arbeitszeitverkürzung wandeln unsere Unternehmer sichtlich auf der Bahn ihrer Kollegen im Baugewerbe, was ja auch nicht anders zu erwarten war, nachdem sie sich dem Kartell derselben angeschlossen hatten. Die bisherige Bestimmung, „Auf den Bauten ist die Arbeitszeit der Maurer einzuhalten“, mag eine Berechtigung für die Arbeiten haben, welche Hand in Hand mit den Maurern auszuführen sind. Einen vernünftigen Grund gegen die Abschaffung der achtstündigen Werkplazarbeit auf die unabhängig von den Maurern auszuföhrenden Arbeiten auf den Bauten gibt es jedoch nicht. Hier wird lediglich die Macht einmal ausschlaggebend sein müssen, wenn die Unternehmer auch in Zukunft die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Machfrage gestalten.

Eine Erhöhung des Affordtarifes lehnten die Unternehmer ebenfalls rundweg ab, weil angeblich schon der jetzige Stand derselben im Vergleich zu auswärtigen Tarifen ein viel zu hoher sei, um überhaupt noch konkurrieren bzw. Arbeiten in Berlin anfertigen lassen zu können. Nun, wir sind davon überzeugt, daß selbst eine etwaige Herabsetzung unseres Tarifs auf das Niveau der Bruchdistrikte uns noch nicht einen Kubikmeter mehr Arbeitsgelegenheit bringen würde, wir müßten denn auch noch die teuren Plazmieten, die Transportkosten usw. mit auf unsere Schultern nehmen. In der Grabsteinbranche tritt neben dem Sandstrahlglöhr noch die Glasindustrie als heftiger Feind auf. Und gerade in der Grabsteinbranche glaubt ein Teil der Kollegen durch billiger arbeiten unsere technischen Gegner aus dem Felde schlagen zu können. Das ist natürlich ausgeschlossen. Solange die Handarbeit auch nur noch einen Pfennig teurer zu stehen kommt als die Maschinenarbeit, wird

35 M. reiner Verdienst eingesaßt. Da 12000 Kubikmeter Steine notwendig sind, so ergäbe sich für die Firma Günther u. Fiedler ein Ueberschuß von 420 000 M. Allerdings werden die Herren Daul und Tollert davon auch etwas abtriegen, denn sie kommen ja als Mitlieferanten in Frage.

Über noch ein anderer Umstand kommt hinzu, welcher für die Beuchaer Steinlieferanten sehr zum Vorteil ausschlägt. In Kappelrodeck und auch in den Kößener Bröchen hätten die Unternehmer zum weitaus größten Teil aus sich selbst für das Denkmal die Brecher beschaffigen müssen. In den Beuchaer Bröchen war die Denkmalarbeit nebensächlich der Natur. Findet sich ein größerer Block, so wird er fürs Denkmal verwendet, die kleineren Blöcke dagegen können zu Pflastersteinen und die Abfälle von diesen zur Packlage Verwendung finden. Wie man sieht, lohnen sich die gemischten Betriebe vorzüglich. Allerdings diese Vorteile können in Beucha nur deshalb ausgenüht werden, weil die Großstadt Leipzig als Abnehmerin von Steinprodukten sehr stark in Frage kommt.

Betrachten wir den Unterbau. Derselbe ist gegen 80 Meter lang, 60 Meter tief und 20 Meter hoch. Die dazu verwandten Granitporphyrbörsenquader machen einen imponierenden Eindruck. An der Hauptfront des Unterbaues fällt das 60 Meter lange und 12 Meter hohe Relief mit der Riesenfigur des deutschen Michaels auf. Diesen bildnerischen Schmuck hat Professor Behrens-Breslau geschaffen, und nach seinem Tode (1903) übernahm die weiteren plastischen Arbeiten Professor Mehnert aus Wilmersdorf. Zwei Kriegsfurien, welche neben dem deutschen Michel placiert sind, leuchten das Schlachtfeld ab. Der preussische Adler darf natürlich in der Symbolik auch nicht fehlen, und langgestreckte Kriegergestalten schließen den Reliefrahmen nach unten ab. Es hat ein bekannter Kunstkritiker diese Kriegergestalten stark verhöhnt, natürlich nur mit der Feder, denn die Plastik riecht sehr nach affrikanischem Muster. Das ist richtig, aber welche Heldengestalten hätte denn er auf — Lager gehabt? Vielleicht die preussischen Junker, welche sich bei Jena so tapfer benommen haben? Oder hätte er als Motiv

Das Völkerschlagdenkmal zu Leipzig.

In der Nähe des Leipziger Südfriedhofs, unmittelbar am Napoleonstein, steht das Völkerschlagdenkmal. Wir wollen einige Zeilen darüber schreiben, weil unsere Kollegen an diesem gewaltigen Steinbau einiges Interesse haben dürften. Der Grundstein wurde eigentlich zweimal gelegt, in den Jahren 1868 und 1900. Ende der sechziger Jahre aber fehlte das nötige Geld, und so unterblieb der Denkmalsbau. Den ersten Grundstein fertigte der Steinmetz Laug an, welcher später in Leipzig Obermeister wurde. Mitte der neunziger Jahre wurde der Deutsche Patriotenbund gegründet, und diese Vereinigung verstand es gar nicht schlecht, den Klingelbeutel zu schwingen. Schwulstige Aufrufe wurden erlassen, Lotterien genehmigt, in den Schulen wurde — gesammelt, um die Mittel für den Bau aufzubringen. Dieses „nationale“ Vorgehen interessiert uns allerdings nicht im geringsten; aber wir wollen das Denkmal deshalb beschreiben, weil daran die Steinarbeiter die Hauptarbeit zu leisten haben.

Der Name „Völkerschlagdenkmal“ klingt doch recht barbarisch, aber die Benennung „Befreiungdenkmal“ schen den Deutschen nicht angebracht, weil ja auch die Russen und Oesterreicher am Sturze Napoleons hervorragend Anteil hatten. Doch wir wollen hier keine geschichtlichen Reminiszenzen aufmachen, sie würden auch für die Patrioten nicht schmeichelhaft sein.

Im Jahre 1895 wurde ein Preisaus schreiben erlassen, um für das Denkmal geeignete Entwürfe zu erhalten. Den Sieg unter den Wettbewerbern trug Dr. Bruno Schmitz-Charlottenburg davon, welcher auch das Ruffhäuserdenkmal geschaffen hatte. Aber sein Entwurf mußte mehrere Male abgeändert werden; es konnte kein richtiges Motiv gefunden werden. Der endgültige schweizerische Entwurf knüpfte an den ägyptischen Pyramidenbau an; man fand diese Form des Denkmalsbaues immer noch als die wirksamste. Das ist auch ein Zeichen, wie arm die heutige Architektur immer noch an neuen Gedanken ist. Allerdings hat Professor Schmitz die Pyramidenform nicht direkt in seinen Entwurf aufgenommen, aber wie gesagt, er hat daran angeknüpft. Schmitz hat

die Maschine den Sieg davontragen. Also — Aufrechterhaltung, und soweit noch nicht geschehen, Durchführung der tariflichen Bestimmungen, das ist zurzeit das einzige Mittel zur Fristung unserer bedrängten Existenz.

In der Frage der Stundenlohnhöhe stehen die Unternehmer noch am ehesten mit sich sprechen; nicht zum mindesten deshalb, weil ihnen von den Behörden und anderen Auftraggebern bei Lohnarbeiten eine dem Lohn entsprechende Mehrsumme zurückvergütet wird, zum andern aber auch, weil bei der Lohnarbeit nicht weniger angestrengt gearbeitet wird, wie bei der Akkordarbeit. Die Arbeiter „verdienen“ eben den Lohn. Von einem außerordentlichen Entgegenkommen der Unternehmer kann jedoch auch in diesem Jahre keine Rede sein. Unsere Forderung, den bisherigen, drei Jahre unverändert bestehenden, Stundenlohn sogleich um 5 Pfg. zu erhöhen, wurde strikte abgelehnt. Auch unser Vermittlungsvorschlag, die Erhöhung auf die von den Unternehmern gewünschte zweijährige Verlängerungsdauer des Tarifverhältnisses zu verteilen, fand keine Gegenliebe. Eine Lohnhöhung könne überhaupt nur dann zugebilligt werden, wenn wir eine dreijährige Verlängerung des Tarifs abschließen. Die geforderten 5 Pfg. sollten sich dann auf das zweite und dritte Jahr mit je 2 1/2 Pfg. verteilen. Schließlich erklärten wir uns zu einem dreijährigen Tarifabschluss bereit, wenn die Erhöhung des Stundenlohnes von 85 auf 90 Pfg. am Beginn des zweiten Jahres, also am 1. April 1911 erfolgen würde. Hierauf wurde eine Einigung erzielt. Mit demselben Termin werden auch die Zuschläge für Ueberstunden und Nachtarbeit eine Zulage von 5 Pfg. (25 bzw. 45) erfahren, und wird der Stundenlohn für Sonntagsarbeit neu in den Tarif aufgenommen. Für letztere gibt es bis zum 1. April 1911 pro Stunde 1.30 Mk., von da ab 1.50 Mk.

Einen Mißton in die ganzen Verhandlungen brachte die Absicht einiger Marmorindustrieller, die Sandsteinbranche gegen die Marmorbranche (in der ja zurzeit kein die Allgemeinheit umfassendes Tarifverhältnis besteht) auszuspielen, ein Unterfangen, in dem sie bis zu einem gewissen Grade von der Leitung ihres Verbandes unterstützt wurden. Von unseren Vertretern wurde nichts geringeres verlangt, als die Zustimmung zu diesem Wunsche dieser Herren zu geben, „in der Marmorbranche auf die Dauer des vorliegenden Tarifvertrages eine Beunruhigung der Marmorbranche nicht zu unternehmen und das bestehende Verhältnis als zu Recht bestehend anzuerkennen.“ Unter „Berliner Marmorbranche“ verstehen die Herren ein paar Geschäfte, die früher einmal maßgebend gewesen, durch die Entwicklung der Verhältnisse weit überholt sind. Es zeigt sich in der Marmorbranche eben derselbe Entwicklungsgang wie in der Sandsteinbranche durchgemacht hat. Die einst allein dominierende Innung tritt zurück vor dem Verband der Steinmetzgeschäfte von Großberlin, in dem auch die hiesigen Vertreter auswärtiger Firmen eine geeignete Vertretung finden. Die einstigen Größen in der Berliner Marmorbranche werden gut tun, sich den Verhältnissen ebenfalls anzupassen. — Eine Rücksichtnahme glauben wir nur den Verhandlungen zum Reichsnormaltarif schuldig zu sein, und während dieser keine „Beunruhigung“ der Marmorbranche vorzunehmen, was sich mit unserm ursprünglichen Bunde, mit Rücksicht auf die schwebende Normaltariffrage eine abwartende Haltung einzunehmen. Verhandlungen in dieser Beziehung wurden von uns den Unternehmern in halbige Aussicht gestellt. Alles in allem dürfte der teilweise Abschluß der Bewegung in der Berliner Steinindustrie als ein Fortschritt angesehen werden, der um so höher einzuschätzen ist, als er ohne Kampf, ausschließlich auf dem Verhandlungswege erreicht ist. Dazu kommt, daß wir nicht wie bisher, die Maurer als Schrittmacher an unserer Seite hatten, sondern daß wir kraft unserer Organisation auf eigenen Füßen das Vereinarbete erreicht haben. Es allezeit durchzuführen, ist unsere Aufgabe.

Vorwärts! E. W.

Zum kommenden Verbandstage.

Noch niemals hat die Diskussion so rechtzeitig eingesetzt wie diesmal. Jeder Kollege, der das Wort ergriffen hat, war bemüht, mit praktischen Vorschlägen dem Verbands dienlich zu sein. Um was drehte sich aber die ganze Diskussion? Nur um die Hilfsarbeiter und die Erwerbslosenunterstützung; denn nur auf diese beiden Punkte war der ganze zentrale Gedanke gerichtet. Vor vier Jahren auf dem Nürnberger Verbandstage standen wir genau vor derselben Frage, was geschehen müsse, um den Verband zu vergrößern. Es fehlte an genügenden Kräften, um die Agitation fördern zu können, und es wurden auch später Gauleiter bewilligt, die dann mit dem großen Dampfpluge alles „unerforschte“ Gebiet durchackern sollten. Da trotzdem mit Hilfe dieser sieben besoldeten Kräfte unser Verband annähernd 1000 Mitglieder verloren hat, so muß doch etwas nicht in Ordnung sein. Kollege Geiß war es, der den Antrag Strehlen auf Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse mit der großen Keule niedergeschlagen hat. Verwaltungstechnische Schwierigkeiten wurden gegen den Strehleiner Antrag ins Feld geführt. Heute scheinen diese nicht mehr zu bestehen.

die liberalen Bürgerrechtskämpfer von 1848/49 gewählt? Wir wußten schon ein neuzeitiges Motiv, welches auch von patriotischen Gesichtspunkten aus akzeptiert werden könnte, nämlich die Schuhleute, wie sie in Treptow die Volksdemonstranten bekriegt! An dem Relief wollen wir nicht kritisieren, weil die ruhenden Heldengestalten den Assyren gleichen; aber wir sind der Meinung, daß das Relief zu lang gestreckt und die Ausladung an demselben nicht genügend tief ist. Die Bildhauerarbeiten zu diesem Relief hat Herr Colln, der Obermeister der Leipziger Bildhauerinnung, ausgeführt. Das Ausboffieren und wohl teilweise auch die Punktierungsarbeiten wurden von Steinmetzen verrichtet. Herr Colln erregte vor etlichen Jahren mit seiner billigen Offerte in Fachkreisen ungeheures Aufsehen. Er forderte gegen 60 000 Mk., dann lagen noch Angebote von etwa 100 000 Mark und darüber vor.

Oberhalb des Reliefs steht der Spruch: „Gott mit uns!“ Die Buchstaben haben die nette Höhe von 1,80 Meter.

Am Unterbau interessieren uns weiter die mächtigen Bossenquader; sie messen durchschnittlich etwa 3 Kubikmeter. Diese klobigen Bruchstücke reden für uns Steinarbeiter ja auch eine deutliche Sprache. Man muß nur die Reden der Steine verstehen! — Da fällt uns ein mächtiger Läufer auf, dessen Bossenfläche recht zerschunden ist, gleichsam als hätte er viele Menjuren bestehen müssen. Der Stein will etwa sagen, welcher „Pflücker“ von Steinmetz hat denn wohl mich zurechtgebaut. Die noch stehen gebliebenen Keillöcher zeigen ja recht deutlich, daß der Steinmetz noch kein tüchtiger Spalter zu sein braucht. Der Ansatz beim Lochhaken war schlecht gewählt, die Löcher selbst waren nicht genügend ausgezogen, die Keile standen auf und sprangen zu guter Letzt und zum Verger des Steinmetzen in die nähere und weitere Umgebung. Die vordere Fläche zeigt nun, daß das Wegspalten nicht gelang, und wenn darüber der Werkstein selbst betrübt ist, man kann es ihm nicht verübeln. — Ein andres Bild. Links vom deutschen Michel steht ein gewaltiger Eckstein. Sapperlot, wie ist dieser Kerl stolz. Als er der formenden Hand des Steinmetzen übergeben wurde, hat er sehr unwirksam aus-

Gaben uns die diesjährigen Konferenzen etwas Neues gebracht? Nichts weiter als wie das sehr oft angewärmte Essen. An allem soll die Krise schuld sein. Diese Ausrede ist sehr leicht. So mancher Kollege mag wohl recht unzufrieden nach Hause gegangen sein, weil er den Kern mancher Sache nicht vortragen konnte; dieses der Deffentlichkeit wegen, um kein böses Blut zu machen. Ich meine, in diesem Stile brauchen die Konferenzen nicht weiter stattzufinden. Der Bericht der Gauleitung ist knapper zu fassen. Stundenlange Vorträge über Organisation und Agitation brauchen wir in Zukunft nicht mehr, da doch jedem Kollegen einleuchten muß, daß nur bei der Hausagitation ein Erfolg zu verzeichnen ist.

Wer soll nun aber diese betreiben? Die Gauleiter können dies nicht. Hier ist es unbedingt notwendig, das sämtliche Gau in kleine Bezirke eingeteilt werden und einem Bezirke nicht mehr wie höchstens 3 bis 4 Orte oder Zahlstellen zugeteilt werden. In diesem kleinen Bezirke wählt man sich eine Verwaltung von drei Personen, die dann in fester Fühlung mit den Nachbarorten bleiben. Es gibt viele Kollegen, die über ein Rad verfügen, und wenn dies nicht der Fall ist, dann würden trotzdem die Kosten nicht so hoch sein, als wenn der Gauleiter einen langen Bahnhweg zurücklegen muß und außerdem 5 bis 6 Mk. Speise pro Tag beanspruchen kann. Die Kollegen würden gern für wenige Groschen Sonntag vormittags in den einzelnen Orten etwas herumfahern und unsre Leute aufsuchen. Die Bezirksführer würden auch zur Korrespondenz mit dem Gauleiter gezogen und mindestens alle Jahre müßte der Gauleiter mit den Bezirksführern eine Sitzung abhalten. Darin könnte jede geplante Lohnbewegung besprochen werden. Ueberall kann der Gauleiter nicht sein; wird er zu viel in Anspruch genommen, oder tritt Krankheit oder sonst ein Vorfall dazwischen, dann steht die Karre im Dreife, weil wir nicht genügend Ersatz haben. Besteht doch das Regiment auch nicht nur aus einem Vorgesetzten und lauter Rekruten. Unsere Kollegen lernen dann, wenn ihnen die Gelegenheit gegeben ist, wo anders die Nase hineinzustecken. Diese Einrichtung bringt in der Agitation sicherlich Erfolg.

Auch der Antrag 4 ist eine gute Einrichtung, wenn er angenommen wird. Die Gauleiter übersehen dann sofort, welche Zahlstelle am besten quartalsweise funktioniert.

So soll das hinführen, wenn die Form der Agitation nicht eine andre wird? Zahlen wir nicht schon heute horrenden Summen für Agitation? Obwohl wir 17 angestellte Beamte haben, ist doch die Mitgliederzahl auf 17 000 zurückgegangen; die Beamten haben also nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Auch in Zukunft wird das nicht anders werden, wenn wir die Kleinarbeit, die Hausagitation nicht beständig pflegen. Wenige Kollegen untersuchen diesen Mißstand und es werden noch Stimmen laut für weitere Anstellung von Gauleitern. Selbst Kollege Braun sprach auf der Konferenz in Karlsruhe bei 1484 Mitgliedern in seinem „zweistündigen“ Vortrage für eine zweite besoldete Hilfskraft. Es hätte schon genügt, wenn sich Kollege Braun mit dem Taschentuch über die Stirn gefahren wäre und gesagt hätte: „Frau Nachbarin, euer Flüsschen.“ Ich meine, wir hätten nun Angestellte genug. Wenn man über Agitation spricht, baut man doch nur auf die Mithilfe der andern. Das Antreiben der Leute in den Versammlungen zieht nicht so, als wenn man ihnen im Hause auseinanderstekt, wie not der Verband tut. Und warum wird diese Einrichtung nicht geschaffen? Es braucht doch nicht zu heißen, das habe ich alles allein geleistet.

Die Zahlstelle Striegau mit 1000 Mitgliedern entschädigt ihren Lokalbeamten mit 1600 Mk. Dieser Beamte leitet dabei noch die Gaugehäfte. Für die letztere Tätigkeit übernimmt allerdings die Zentrale die Kosten. Nach dem Vorstandsbereich (Nr. 12) zählt der Gau Köln 928 Mitglieder mit einem besoldeten Gauleiter. Die Verwaltung der Mitglieder beträgt rund 4000 Mark. In einigen andern Gauen steht es nicht anders. In Schlesien stehen noch rund 4000 Steinarbeiter dem Verbands fern und die Agitation muß von der Gauleitung im Nebenamt ausgeführt werden.

Im A. Gau (Dresden) sind drei Sozialbeamte und ein Gauleiter vorhanden. Ist denn diese Verteilung der Beamten gerecht? Wesen wir beispielsweise den Konferenzbericht über Hannover. Der besoldete Gauleiter war in zwei Jahren 435 Tage auswärts, und dabei wird noch betont, für die Agitation bleibe zu wenig Zeit. Es ist notwendig, daß von der Zentrale ein kleiner Taschenblock für die Gauleiter geschaffen wird, worin die Anwesenheit der Gauleiter in der Zahlstelle kurz zu notieren ist. Durch Unterschrift von mindestens zwei Kollegen aus der Zahlstelle ist zu beheimen, daß der Gauleiter anwesend war. Es braucht dies kein Mißtrauen gegen unsre Angestellten zu sein, aber man hat schon so verschiedenes aus andern Verbänden gesehen, was nicht gerade angenehm war.

Wenn wir auch eine niedrigere Beitragsklasse einführen, so kommen die Hilfsarbeiter auch nicht so schnell gelaufen. Wo bleiben aber die übrigen indifferenten Steinarbeiter? Also wir müssen im oben erwähnten Sinne auf der ganzen Linie vorgehen. Die Bezirksleitungen haben von den Gauleitungen Agitationsmaterial zu bekommen, vielleicht auch das „Arbeiterrecht“ von Stadthagen. Dann werden die Gauleitungen mit solchen Kleinarbeiten verschont. Wenn die Bezirksvertrauensleute

gesehen. Darüber geben die Keillöcher und Spaltflächen genügend Auskunft. Aber der Steinmetz hat zuvor den „Gang“ (die beste Spaltfläche) eingehend studiert, um dann die nötigen Operationen mit Schlägel, Spitzstein, Keil und Aufschlaghammer gründlichst und ohne viel Schmerzverursachung vornehmen zu können. Und so steht dieser Eckstein stolz und kühn da, als wollte er sagen: mir wurde es gründlichst besorgt, duzende von Zentnern sind mir von der Fassade „kunstgerecht“ weggepust worden, aber jetzt sehe ich doch famos aus.

Der Mittel- und Oberbau ist sehr geschickt miteinander verbunden. Die Einbauung der Krypta muß als sehr geschickt bezeichnet werden. Die Rundbogentore sind 12 Meter breit und 13 Meter hoch. Die Krypta hat 23 Meter Durchmesser, die erste Kuppel hat einen Durchmesser von 29, die zweite einen solchen von 26 und die dritte einen solchen von 19 Meter. Wer das Denkmal bloß von außen anstaunen kann, wird wohl nicht gut auf den Einfall kommen, daß sich im Innern so gewaltige Hallen und Gewölbe befinden. Und der Steinarbeiter wird daran noch seine besondere Freude haben, weil die Wölbung selbst nur mittels Hauptsteinen vorgenommen wurde. In der Krypta sind mehrere Kolossalfiguren untergebracht; die Ausführung muß als meisterhaft bezeichnet werden. In den Kapfeilern sind Wendeltreppen angebracht (es wurde Lausitzer Granit verwendet), aber es ist auch noch ein Fahrstuhl vorgezehen.

Am Oberbau fallen jetzt auf der Abbildung schon die 12 kriegerischen Figuren auf. Sie sollen sozusagen als Wächter der kommenden Generation dienen. Jede Figur ist 12 Meter hoch, und wenn wir den Herrn Bauführer Rudolf, welcher uns in der liebenswürdigsten Weise im Denkmal herumführte, richtig verstanden haben, aus 60 Stücken zusammengesetzt. Eine solche Figur wiegt, wenn der Steinmetz seine Arbeit verrichtet hat, 4000 Zentner. Durch die Bildhauerarbeiten, die nachdem vorgenommen wurden, dürfte sich dieses Gewicht auf 3000 Zentner reduzieren; aber die Maße sind immer noch so ungeheuerlich, daß sie das größte Interesse unsrer Berufskollegen erregen. Wir können uns davon einigermaßen einen Begriff machen, wenn wir hinzufügen, daß eine Figur

nichts in die Hände bekommen, dann sind sie auch nicht fähig, jemandem etwas plausibel zu machen.

Auch der Verbandstag ließe sich etwas kürzen, wenn die Anträge frühzeitiger veröffentlicht würden, damit eine Statutenkommission den Delegierten schon etwas Fertiges vorlegen könnte, um zu entscheiden, was annehmbar ist oder nicht.

Strehlen. J. Barta.

Korrespondenzen

Braunschweig. Die Unternehmer haben am 15. April sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt. Die Braunschweiger Schanzmacher, allen voran der Unternehmer Hüfer, sind von einer solch fanatischen Ausperrungswut besetzt, daß sie es sich nicht versagen konnten, auch die Steinmetze mit aufs Straßengpflaster zu werfen. Und warum? Weil die Kollegen nicht geruheten, weiter zu schlafen, weil sie einen hohen Arbeitgeberverband an ihre berechtigten Forderungen erinnerten. Der Unternehmer Ausmeyer erklärte am Sonntag, den 9. d. M., dem Kollegen Heß, wenn die Arbeitszeitverlängerung (8 1/2 Stunden) seitens des Steinarbeiterverbandes fallen gelassen würde, dann sofort die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Nebenbei bemerkte Ausmeyer noch, daß er bereits mit dem Unternehmer Hüfer Rücksprache genommen habe, und sie sich darüber schlüssig seien, die Steinbauer nicht mit auszusperren. Eine sofort einberufene Versammlung am 10. d. M. beschloß nun, um die Sache auf friedlicher Basis zu schließen, die 8 1/2stündige Arbeitszeit zurückzugeben, wenn die 9stündige Arbeitszeit, welche ja laut Bundesratsverordnung gesetzlich festgelegt sei, auch für Braunschweig endgültig in Anwendung komme. Das letztere schon aus dem Grunde, weil Hüfer immer behauptet, über die Arbeitszeit in Kalkstein stände nichts in der Bundesratsverordnung. Am 14. d. M. ging nun der Ortsleitung ein Schreiben zu, worin der Arbeitgeberverband mitteilte, daß die Generalversammlung beschlossen habe, sämtliche organisierten Steinbauer am 15. d. M. mit auszusperren. So hält man Versprechen im Arbeitgeberverbande. Der Ueberumpelungsantrag wurde mit 42 gegen 38 Stimmen angenommen. Denn eine plumpe Ueberumpelung war es, weil die meisten Grabsteingeschäfte nicht vertreten waren, lediglich wohl aus dem Grunde, weil sie sich sagten, die Steinbauer haben mit der Ausperrung nichts zu tun. Die kleineren Geschäfte sind empört über diese Macho, und wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen sind, dann werfen sie sich nicht als Hüter der großen Unternehmer auf.

Essen. Die hiesigen Marmor- und Steinmetzgeschäfts-inhaber sind im Arbeitgeberbunde organisiert. Infolge Beschlusses desselben haben am 15. d. M. vier von den Essener Unternehmern 40 Kollegen ausgesperrt; vier weitere Unternehmern, die ebenfalls Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind, haben vorläufig nicht ausgesperrt. Am 15. April fand eine Versammlung der Kollegen statt, die stark besucht war. Gauleiter Herrmann war anwesend. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die erfolgte Ausperrung, nahm Herrmann das Wort. Er zeigte den Kollegen, wie die Situation bezüglich des Tarifvertrages sich entwickelt habe. Den Unternehmern im Baugewerbe komme es darauf an, die Organisation der Arbeiter zu schwächen, und wenn möglich, gänzlich lahmzulegen. Dies werde den Baugewaltigen aber nicht gelingen, wenn die Arbeiterhaft einig zusammenstehe. Auch sei die Einigkeit der Essener Unternehmer nicht derartig, als wie man es früher annehmen konnte, da vier Unternehmer sich durch den Beschluß nicht stören ließen. Es sei natürlich, daß auf die betreffenden Unternehmer ein Druck ausgeübt werde, so daß schließlich noch eine Anzahl Kollegen von der Ausperrung betroffen würden. Kollege Herrmann ermahnte die Kollegen, den aufgedrungenen Kampf mit aller Energie durchzuführen. (Beifälliger Beifall.) Es folgte nun eine lebhaft diskutierte, insbesondere darüber, ob die Kollegen bei den nicht ausperrenden Firmen weiterarbeiten sollten. Es wurde eine Resolution angenommen, daß die Kollegen dort weiterarbeiten sollen, bis von der Lohnkommission oder von einer Versammlung ein weiterer Beschluß gefaßt wird. Mit besonderer Freude wurde es begrüßt, daß vier unorganisierte Kollegen erklärten, keine Streikbrecherdienste zu leisten und abzureisen. Es wurde dann weiter den letzten Kollegen nahegelegt, sobald als möglich abzureisen. Nachdem noch verschiedene Anordnungen bezüglich des Verhaltens der Kollegen bei der Ausperrung gegeben worden waren, erfolgte das Schlußwort des Gauleiters.

Marktleuthen. Am 10. April fand beim Kollegen H. Schaub unsre Quartalsversammlung statt. Der Kassenbericht wurde gegeben, die Revisoren beantragten Entlastung. Zum 2. Punkt gab der Vorsitzende den Bericht über die Gaukonferenz. Weiter gab Kollege Ransfer den Kartellbericht. Kollege Wolff sprach mußte vom Verbands ausgeschlossen werden, weil selbiger trotz öfterer Aufforderungen seinen Pflichten nicht nachkam. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein erfreulicher Erfolg war auch in der Versammlung zu verzeichnen, indem wir doch auch wieder 7 neue Mitglieder aufnehmen konnten.

80 Kubikmeter = 20 Eisenbahnwaggonladungen Steine erheischt. Die Stiefelspitze wiegt netto 45 Zentner. Die Finger des wachenden Kriegers sind etwa 70 Zentimeter lang; man kann da wirklich von „langen Fingern“ reden. Das Versehen der Werkstücke geht mit Benutzung elektrisch betriebener Krane sehr geräuschlos vor sich. Am ganzen Bauwerk sind seit Jahren nicht mehr als 40 Arbeiter beschäftigt. Hier möchten wir einfügen, daß diese paar Leute ebenfalls durch den Beschluß der Bauunternehmer die Arbeit einstellen müssen. — Wir stehen gerade dabei, wie ein etwa 70 Zentner schwerer Stein 60 Meter hoch gezogen wird. Und wie ruhig geht das ab. Kein Fluchen, kein Schimpfen ist vernehmbar, in wenigen Minuten ist das Werkstück sogar verseht. Im Steinbruch allerdings wird es beim Transport und dem Aufbänken schon anders zugehen. Wir glauben kaum, daß die Brecher und Steinmetzen in den Beuhaer Brüchen über vorzügliche Hebewerkzeuge und Winden verfügen. Und wie mögen erst die Rüstböcke und Bohlen aussehen? — Die Beuhaer Steinbrüche sind allerdings in den letzten zwei bis drei Jahren mit ziemlichem maschinellen Einrichtungen versehen worden.

Wir resümierten: Der Gesamteindruck des Denkmals ist ein wohlthuender, die architektonischen Proportionen scheinen recht glücklich gewahrt zu sein. Einzelheiten mögen nicht gerade immer gut getroffen sein, aber es muß doch die Gesamtwirkung entscheiden. Und uns gefällt sie. Wir machen uns nicht im geringsten an, vom künstlerischen Standpunkt aus das gewaltige Monument beurteilen zu können; es fehlt uns das geistige Rüstzeug dazu. Aber wir wissen, unsre Kollegen haben weniger Interesse an den Kunstkritiken, desto mehr interessiert sie die Beschreibung des Denkmals selbst.

Die Namen der Erbauer und die Steinlieferanten werden wahrscheinlich in den Hallen der Krypta mittels goldener Lettern verewigt werden. An die Steinarbeiter, die in den Brüchen und auf den Werkplätzen unter niedrigen Löhnen schaffen mußten, wird niemand mehr denken.